

Garloff, Alfred; Machnig, Jan

Research Report

Wenig Lohn trotz Vollbeschäftigung: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und Hessen. Eine Bestandsaufnahme

IAB-Regional. IAB Hessen, No. 03/2011

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Garloff, Alfred; Machnig, Jan (2011) : Wenig Lohn trotz Vollbeschäftigung: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und Hessen. Eine Bestandsaufnahme, IAB-Regional. IAB Hessen, No. 03/2011, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/178017>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung

Die Forschungseinrichtung der
Bundesagentur für Arbeit

IAB

IAB-Regional

Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz

3/2011

Wenig Lohn trotz Vollzeitbeschäftigung

Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und Hessen

Eine Bestandsaufnahme

Alfred Garloff
Jan Machnig

ISSN 1861-3578

IAB Hessen
in der Regionaldirektion

Hessen

Wenig Lohn trotz Vollzeitbeschäftigung

Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und Hessen – Eine Bestandsaufnahme

Alfred Garloff (IAB Hessen)

Jan Machnig (IAB Hessen)

IAB-Regional berichtet über die Forschungsergebnisse des Regionalen Forschungsnetzes des IAB. Schwerpunktmäßig werden die regionalen Unterschiede in Wirtschaft und Arbeitsmarkt – unter Beachtung lokaler Besonderheiten – untersucht. IAB-Regional erscheint in loser Folge in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und wendet sich an Wissenschaft und Praxis.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	9
1 Einleitung: Niedriglohn, Armut und Beschäftigung – Die Lohnungleichheit nimmt zu	11
2 Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland	14
3 Niedriglohnbeschäftigung in Hessen	19
3.1 Die Struktur des Niedriglohnsektors in Hessen	20
3.2 Entwicklung der Niedriglohnstruktur im Zeitverlauf	27
3.3 Niedriglohnbeschäftigung nach Berufen in Hessen im Zeitverlauf	30
4 Aufstiegsmobilität von Niedriglohnbeschäftigten	32
5 Ursachen der steigenden Niedriglohnbeschäftigung	34
6 Fazit: Deutliche Zunahme der Niedriglohnproblematik in Deutschland und Hessen – Und nun?	38
Literatur	40
Appendix: Niedriglohnbeschäftigung in den hessischen Regierungsbezirken	45

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in West- und Ostdeutschland und Entwicklung der Niedriglohnschwelle, 1999–2010, jeweils zum 31.12., in Prozent und Euro	16
Abbildung 2:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Westdeutschland und Hessen, 1999–2010, jeweils zum 31.12., in Prozent	19
Abbildung 3:	Anzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen, 1999–2010, jeweils zum 31.12.	20
Abbildung 4:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen nach Wirtschaftszweigen, 31.12.2010, in Prozent	23
Abbildung 5:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen nach Berufsbereichen, 31.12.2010, in Prozent	24
Abbildung 6:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen in ausgewählten Berufen am gesamten Niedriglohnbereich, 31.12.2010, in Prozent	26
Abbildung 7:	Anteil der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Frauen und Männer (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen, 1999–2010, jeweils zum 31.12., in Prozent	27
Abbildung 8:	Entwicklung des Anteils der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Tarifbindung in Ost- und Westdeutschland, 1998–2010, in Prozent	37
Abbildung 9:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in den hessischen Regierungsbezirken, 1999–2010, jeweils zum 31.12., in Prozent	45
Abbildung 10:	Veränderung der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) im Niedriglohnbereich in den hessischen Regierungsbezirken, 2010 gegenüber 1999, jeweils zum 31.12., Absolut und in Prozent	46

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Niedriglohnanteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort in Ost- und Westdeutschland nach Personenmerkmalen, 31.12.2010, in Prozent	17
Tabelle 2:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen nach Personenmerkmalen, 31.12.2010, in Prozent	21
Tabelle 3:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen nach Personenmerkmalen, 1999, 2004 und 2010, jeweils zum 31.12., in Prozent	28
Tabelle 4:	Anteil und Anzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen nach Berufen, 1999, 2004, 2010 (1999 und 2004: nur Anteil), jeweils zum 31.12., in Prozent	31

Zusammenfassung

In dieser Studie beschäftigen wir uns mit dem Niedriglohnsektor in Deutschland und Hessen. Untersucht wird die Struktur und Entwicklung von niedrigentlohnnten sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten zwischen 1999 und 2010. Wie auch in Deutschland hat der Anteil des Niedriglohnsektors an allen Beschäftigten in Hessen deutlich zugenommen: In nur elf Jahren verzeichnet man hierzulande einen Anstieg um über vier Prozentpunkte oder um rund ein Viertel auf knapp 19 Prozent. Der Anstieg findet sich in fast allen Berufsbereichen und in vielen Wirtschaftszweigen. Individuelle Merkmale, die besonders häufig im Niedriglohnsektor zu finden sind, sind weiblich, jung und geringqualifiziert. Auffällig ist jedoch, dass auch viele Personen mit berufsqualifizierendem Abschluss in diesem Bereich zu finden sind. Hohe Niedriglohnanteile finden sich darüber hinaus eher in Dienstleistungsbereichen als in Fertigungsbereichen. So gesehen geht der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft mit einer zunehmenden Niedriglohnproblematik einher.

Keywords: Armut, Lohnungleichheit, Niedriglohn, Sozialpolitik, Strukturanalyse

Wir danken Annette Röhrig für Ihre Unterstützung und Hilfe bei der Gestaltung und Editierung des Textes, Peter Schaade für die Hilfe mit den Daten und Carola Burkert, Peter Schaade, Rüdiger Wapler und Doris Wiethölter für hilfreiche Kommentare und Anregungen.

1 Einleitung: Niedriglohn, Armut und Beschäftigung – Die Lohnungleichheit nimmt zu

Deutschland ist in wirtschaftlicher Hinsicht gut durch die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Gründung der Republik gekommen. Insbesondere die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich entgegen vieler Befürchtungen (vgl. etwa Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2009) äußerst positiv entwickelt. So hat Deutschland heute mehr als 41 Millionen Erwerbstätige (Stand: August 2011) und weniger als 2,8 Millionen Arbeitslose (Stand: September 2011), was dem niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren entspricht. Die Bundesrepublik ist eines der wenigen Länder, in dem die Arbeitslosigkeit nach der Krise niedriger ist als vor der Krise. Sowohl im In- als auch im Ausland sprechen Kommentatoren vom „German Labor Market Miracle“ (vgl. bspw. Krugman 2009; Möller 2010).

Doch wo Licht ist, ist zumeist auch Schatten. So untermauert eine große Anzahl verschiedener empirischer Studien, dass die soziale Ungleichheit, also die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland in den letzten Jahren gewachsen ist und die Einkommensungleichheit deutlich zugenommen hat (vgl. auch Brinkmann/Dörre 2006; Dustmann/Ludsteck/Schönberg 2009; Bosch/Weinkopf 2007; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) 2008; OECD 2008).

Dabei galt Deutschland im internationalen Vergleich bis Mitte der 1990er als ein Land mit einer relativ ausgeglichenen Lohnstruktur (vgl. etwa Prasad, 2004), während seit Ende der 1970er zumindest in den angelsächsischen Ländern ein deutlicher Anstieg der Lohnungleichheit zu verzeichnen war (vgl. z. B. Katz/Autor 1999). Einigen Studien zufolge, ging die Einkommensungleichheit in Deutschland bis Anfang der neunziger Jahre, entgegen dem internationalen Trend, sogar zurück (OECD 1996). Lediglich in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten¹ Skandinaviens fiel die Einkommensspreizung noch geringer aus als in Deutschland (vgl. Bosch/Weinkopf 2007).

Die Zeiten einer stabilen deutschen Lohnstruktur sind indessen passé. Seit Anfang der neunziger Jahre hat die Lohnspreizung, also der Unterschied zwischen niedrigen und hohen Löhnen, in Deutschland erheblich zugenommen (vgl. Kohn 2006; Dustmann/Ludsteck/Schönberg 2009; Antonczyk/Fitzenberger/Sommerfeld 2011). Die Reallohne der einkommensschwächsten fünf Prozent der Bevölkerung sind zwischen 1991 und 2001 um bis zu zwölf Prozent gesunken, während die einkommensstärksten 15 Prozent der Bevölkerung Lohnsteigerungen von mehr als zehn Prozent verbuchen konnten (Dustmann/Ludsteck/Schönberg 2009).

Das hohe Maß an Lohnungleichheit, bzw. der fehlende Anstieg der Lohnungleichheit in Deutschland und anderen kontinentaleuropäischen Ländern (z. B. Frankreich, Italien und

¹ Innerhalb seiner Wohlfahrtsstaatstypologie unterscheidet der Politikwissenschaftler und Soziologe Esping-Andersen zwischen drei Typen von Wohlfahrtsstaaten: den konservativen Typen, den liberalen Typen und den sozialdemokratischen Typen. Deutschland gilt als ein Paradebeispiel für einen konservativen Wohlfahrtsstaat, während beispielsweise Schweden dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaattypus und Großbritannien oder die USA dem liberalen Wohlfahrtsstaattypus entsprechen (vgl. Esping-Andersen 1990).

Spanien) in den 80ern und teilweise auch in den 90ern galt vielen zugleich auch als Begründung für die damals hohen Arbeitslosenquoten (Krugman 1994; Prasad 2004; Weiss/Garloff 2011). Insofern könnte vermutet werden, dass die aktuell günstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit mit dem zunehmenden Maß an Lohnungleichheit zusammenhängt.

Dass die Zunahme der Lohnungleichheit tatsächlich ursächlich für die gesunkene Arbeitslosigkeit in Deutschland ist, kann indessen aus diesem Beispiel nicht abgeleitet werden. Andere Beispiele deuten in eine andere Richtung. So weisen vergleichsweise die skandinavischen Länder² trotz geringer Lohnspreizung³ eine geringe Arbeitslosigkeit bzw. eine hohe Beschäftigungsrate auf (vgl. Dauderstädt 2007; Bosch/Weinkopf/Kalina 2009). Auch die USA kann als Gegenbeispiel dienen: Hier herrscht derzeit trotz großer Lohnspreizung⁴ (vgl. International Labour Organization (ILO) 2010/11; Dustmann/Ludsteck/Schönberg 2009) eine im Vergleich zu Deutschland relativ hohe Arbeitslosigkeit (Stand September 2011: 9,1 Prozent) (vgl. Bureau of Labor Statistics 2011).⁵

Mit der steigenden Lohnspreizung hat sich auch das Risiko trotz einer (Vollzeit-) Beschäftigung arm zu sein erhöht.⁶ Im Kontext des stärker deregulierten Arbeitsmarktes der USA wird das Phänomen „working poor“, Armut trotz Arbeit, schon länger diskutiert (vgl. Shipler 2005; Rhein 2009). In Deutschland hat sich das Problem von Armut trotz Erwerbstätigkeit erst im Zuge des jüngsten Anstieges der Lohnungleichheit verschärft (vgl. Lohmann/Andreß 2011; Bosch/Weinkopf 2007; Strengmann-Kuhn 2003). So verdienten im Jahre 1999 insgesamt neun Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten einen Bruttomonatslohn unterhalb der 50 Prozent-Schwelle, während im Jahre 2009 bereits 11,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ein monatliches Bruttoeinkommen von weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens bezogen. Auf Basis unserer Daten können wir hieraus zwar keinen Schluss für die Entwicklung der Armut im Haushaltskontext treffen, jedoch zeigen zahlreiche Studien, dass sich sowohl das generelle Armutsrisiko, als auch das Risiko trotz einer Beschäftigung arm zu werden, erhöht hat (Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2008; Bosch/Weinkopf 2007; Lohmann/Andreß 2011).

Bemerkenswert ist, dass die Armutsquote (gemäß Definition in Fußnote 5) in den vergangenen Jahren in Deutschland schneller gewachsen ist als in den meisten anderen OECD Län-

² Insbesondere Schweden, Dänemark und Finnland.

³ Der Anteil der vollzeitbeschäftigten Niedriglohnbezieher beträgt in Schweden und Finnland zwischen fünf und zehn Prozent und in Dänemark zwischen zehn und 15 Prozent (vgl. International Labour Organization (ILO) 2010/11; Bellmann/Buttler/Stephani 2011).

⁴ Laut International Labour Organization (ILO) Global Wage Report (2010/11) beträgt der Anteil vollzeitbeschäftigter Niedriglohnbezieher in den USA derzeit zwischen 20 und 25 Prozent (vgl. International Labour Organization (ILO) 2010/11; vgl. auch Bellmann/Buttler/Stephani 2011).

⁵ Darüber hinaus kann, wie Möller/König (2011) theoretisch zeigen, mit zunehmender Lohnspreizung die Bereitschaft überhaupt am Erwerbsleben teilzunehmen sinken. Das heißt, dass eine sinkende Arbeitslosenquote auch ein Resultat zurückgehender Erwerbsbeteiligung sein kann. In Deutschland ist das allerdings nicht der Fall: Die Partizipationsrate ist seit Anfang bzw. Mitte der 1990er angestiegen (vgl. Statistisches Bundesamt 2011b).

⁶ Wir legen hierbei einen relativen Armutsbegriff zugrunde. Demnach gilt als arm, wessen (Haushalts-) Einkommen 50 Prozent des Medians (der Einkommensverteilung) nicht überschreitet. Anzumerken ist dabei allerdings, dass wir das Haushalteinkommen nicht kennen, sondern lediglich das Einkommen der betrachteten Person aus dem beobachteten Beschäftigungsverhältnis bei der Bewertung zugrunde legen können.

dem (vgl. OECD 2008). Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der deutschen Bundesregierung kommt zu einem vergleichbaren Ergebnis und diagnostiziert, dass circa 13 Prozent der deutschen Bevölkerung als dauerhaft einkommensarm gelten und ihnen langfristig die gesellschaftliche Exklusion droht (vgl. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2008). Brinkmann/Dörre (2006) identifizieren darüber hinaus wachsende Segmente von ökonomisch und sozial ausgeschlossenen Teilen der Gesellschaft und sprechen von einem „abgehängten Prekariat“ (Brinkmann/Dörre 2006) ohne substanzielle soziale Aufstiegschancen.

Die diagnostizierte Verschärfung der Armutsproblematik dürfte u. a. auf den rasanten Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland während der letzten zehn bis 15 Jahre zurückzuführen sein.⁷ Im Jahr 2010 waren in Deutschland knapp 23 Prozent beziehungsweise mehr als jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte für einen Niedriglohn beschäftigt. Damit ist die deutsche Niedriglohnquote inzwischen höher als in Ländern wie Frankreich (11,1 Prozent), Großbritannien (21,7 Prozent), den Niederlanden (17,6 Prozent) oder Dänemark (8,5 Prozent) (vgl. Bosch/Weinkopf/Kalina 2009: 8).

Dementsprechend ist das Thema Niedriglohnbeschäftigung in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der politisch-medialen Berichterstattung gerückt und Gegenstand politischer Kontroversen geworden. Im Zentrum steht dabei die Frage, ob Niedriglöhne neue Beschäftigungschancen insbesondere für geringqualifizierte Arbeitsuchende generieren, die ansonsten keine Beschäftigung gefunden hätten oder ob sie lediglich zu einer Absenkung der Löhne führen, und damit Armut trotz Arbeit Vorschub leisten.⁸

Das Ziel der vorliegenden Studie ist es, einen empirischen Überblick über die Entwicklung und Struktur des Niedriglohnsektors in Hessen unter Bezugnahme auf die gesamtdeutsche Entwicklung zu geben. Im Zentrum des Interesses steht daher die Frage, wie sich der Niedriglohnsektor in den letzten Jahren entwickelt hat und wie er sich zusammensetzt. Dazu wird zunächst anhand der Daten der Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit die Entwicklung und Struktur des Niedriglohnsektors in Deutschland und Hessen detailliert dargestellt und analysiert (Kapitel 2 und 3). Darauf aufbauend widmet sich Kapitel 4 der Aufstiegsmobilität, also der Frage, ob Niedriglohnempfängern der Sprung in eine besser bezahlte Beschäftigung gelingt. In Kapitel 5 werden mögliche Ursachen für die steigende Niedriglohnbeschäftigung diskutiert. Schließlich werden in Kapitel 6 die Ergebnisse zusammengefasst und ein abschließendes Fazit gezogen.

⁷ Als wichtige Ursache von Armut gilt auch Arbeitslosigkeit. Da die Arbeitslosigkeit aber im Vergleich zu vor zehn oder 15 Jahren tendenziell gesunken ist, kommt Arbeitslosigkeit als Begründung für steigende Armutsquoten eher nicht in Betracht. Als Niedriglohnbeschäftigter gilt, wer in einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung weniger als zwei Drittel des Medianeinkommens von Vollzeitbeschäftigten erhält.

⁸ Armut ist im Haushaltskontext definiert. Im Folgenden beziehen wir uns immer lediglich auf eine Komponente des Haushaltseinkommens, nämlich das Arbeitseinkommen aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Weder die anderen potenziellen Komponenten der Haushaltseinkünfte noch die Frage der Haushaltszusammensetzung können wir mit unseren Daten beantworten. Wenn jedoch eine wichtige Komponente und für viele Haushalte die einzige Komponente des Haushaltseinkommens sinkt, so verringert sich vermutlich oft das gesamte Haushaltseinkommen.

2 Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland

Zur Bestimmung der Niedriglohnbeschäftigung wird im Folgenden die von der OECD vorgeschlagene und in der Wissenschaft häufig verwendete Definition zugrunde gelegt (vgl. u. a. Eichhorst/Marx/Thode 2010; Bosch/Weinkopf/Kalina 2009; Schank et al. 2008; Eichhorst et al. 2005; Rhein/Gartner/Krug 2005). Demnach erhalten diejenigen Beschäftigten einen Niedriglohn, deren Bruttomonatseinkommen weniger als zwei Drittel des Medianeinkommens beträgt.⁹

Als Datengrundlage wird in dieser Publikation die Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) verwendet. Bei diesem Datensatz handelt es sich um eine Vollerhebung aller zum 31.12. eines Jahres sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland. Damit unterscheidet sich die Entgeltstatistik der BA maßgeblich von anderen bekannten Datenquellen über Einkommen und Verdienste, wie z. B. der Verdienststrukturerhebung, dem Mikrozensus oder dem Sozioökonomischen Panel (SOEP)¹⁰, die alle auf Stichproben basieren (vgl. Frank/Grimm 2010). Der Vorteil der Entgeltstatistik besteht darin, dass die Ergebnisse für den betrachteten Ausschnitt des Arbeitsmarktes, also die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Minijobs relativ exakt sind. Zudem können aufgrund der umfassenden Fallzahlen detaillierte branchen- und tätigkeitsspezifische Auswertungen vorgenommen werden; auch tiefere regionale Auswertungen sind möglich. Nachteilig ist, dass diese Datenquelle keine Informationen über sonstige Einkünfte einerseits und die Bedarfsseite (z. B. Haushaltsgröße usw.) andererseits bietet. Damit verbietet die Verwendung des Datensatzes auch eine sozialpolitische Interpretation und ermöglicht lediglich konditionale Aussagen. Eine sozialpolitische Analyse setzt die Konstruktion von Äquivalenzeinkommen¹¹ und die Betrachtung sämtlicher Einkünfte voraus.

Die Berechnungen in der vorliegenden Publikation beziehen sich ausschließlich auf die sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende), d. h. Teilzeitbeschäftigung, Minijobs, Selbstständige, Beamte, Freiberufler etc. können aufgrund unserer Datenrestriktionen nicht berücksichtigt werden. Die Beschränkung auf Vollzeit liegt darin begründet, dass nahezu keine Informationen über die gearbeiteten Stunden vorliegen und wir daher keine Stundenlöhne berechnen können. Im Zentrum des Interesses steht hier primär die Frage, wie viele und welche Personen einen Niedriglohn erhalten, obwohl sie Vollzeit arbei-

⁹ Der Median ist wie das arithmetische Mittel ein Maß für den mittleren Lohn. Das Medianeinkommen ist durch die Eigenschaft definiert, dass mindestens 50 Prozent aller Arbeitnehmer ein Lohneinkommen beziehen, welches unterhalb des Medians liegt oder diesem genau entspricht und mindestens 50 Prozent aller Arbeitnehmer ein Lohneinkommen beziehen, welches oberhalb des Medians liegt oder diesem genau entspricht. Das Medianeinkommen ist eine Alternative zum Durchschnittseinkommen und liegt zahlenmäßig unterhalb des Durchschnittseinkommens, weil hohe Einkommen bei dieser Art der Durchschnittsbildung ein geringeres Gewicht einnehmen.

¹⁰ Die Hessen Agentur (Trabert 2010) gibt einen Überblick über die Vor- und Nachteile dieser Datenquellen. Die meisten Studien zum Thema Niedriglohnbeschäftigung verwenden wie wir die Meldung zur Sozialversicherung oder das SOEP.

¹¹ Das Äquivalenzeinkommen ist das Einkommen, welches jedem Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft, wenn es erwachsen und alleinlebend wäre, den gleichen Lebensstandard ermöglichen würde. Das Äquivalenzeinkommen wird vor allem zur Berechnung von Einkommensungleichheit oder -verteilung und Armut verwendet.

ten und nicht die Frage, bei wem das (Äquivalenz-)Einkommen aus allen Einkunftsarten nicht ausreicht, um über die Niedriglohnschwelle zu kommen.

In Deutschland beträgt im Jahre 2010 das Medianbruttomonatseinkommen von Vollzeitbeschäftigten 2.702 Euro. Die Niedriglohnschwelle liegt bei einem Bruttomonatslohn von 1.802 Euro. Im Jahr 2010 verdienen 22,8 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ein Einkommen, das unterhalb dieser Schwelle lag. Insgesamt waren damit 2010 circa 4,7 Millionen Vollzeitbeschäftigte in Deutschland zu einem Niedriglohn beschäftigt. Bei einer Grundgesamtheit von etwa 20,8 Millionen Vollzeitbeschäftigten in Deutschland, ist damit mehr als jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte zu einem Niedriglohn angestellt.

Da in Deutschland, insbesondere zwischen Ost-¹² und Westdeutschland, jedoch zum Teil gravierende Lohn- und Preisunterschiede existieren, ist es sinnvoll bei der Analyse des Niedriglohnssektors eine differenzierte regionale Niedriglohnschwelle zugrunde zu legen. In Westdeutschland liegt die Niedriglohnschwelle dementsprechend bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1.890 Euro (Westgrenze), wogegen die Niedriglohnschwelle in Ostdeutschland (Ostgrenze) bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1.379 Euro liegt. Dies korrespondiert zu Medianbruttomonatseinkünften von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Westen in Höhe von 2.835 Euro und im Osten in Höhe von 2.068 Euro. Auf der Basis dieser getrennten Niedriglohnschwellen waren im Jahr 2010 in Ostdeutschland 21,1 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor tätig und in Westdeutschland 20,8 Prozent. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland arbeitete damit circa jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte für ein monatliches Arbeitsentgelt unterhalb der jeweiligen Niedriglohnschwelle.

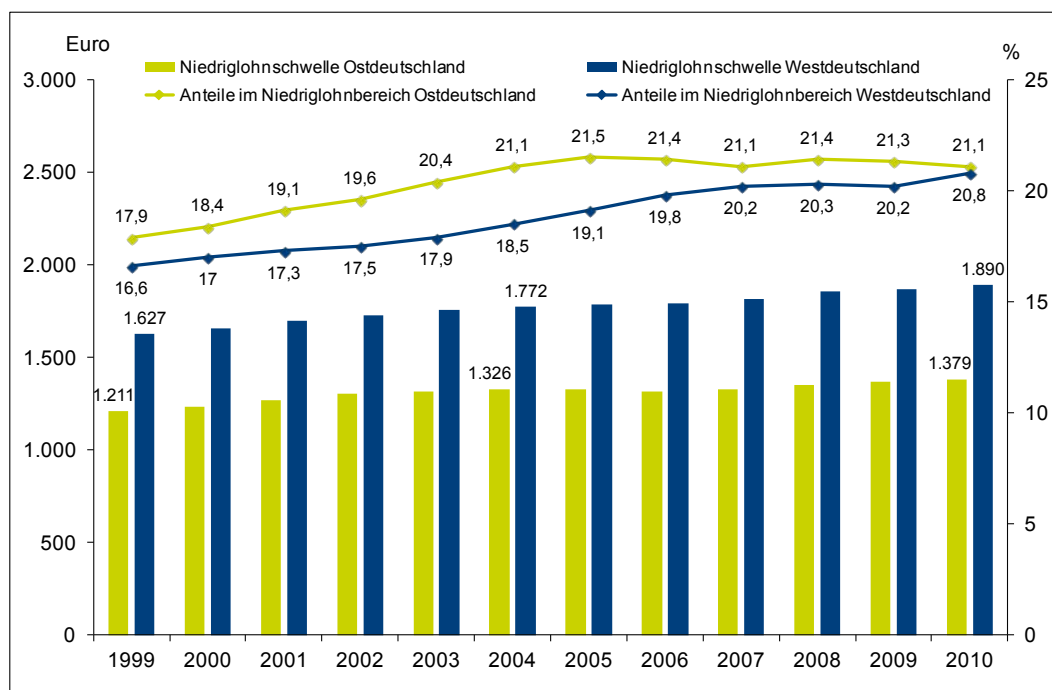
In der Tatsache, dass der Anteil der Personen unterhalb der Niedriglohnschwelle in Gesamtdeutschland größer als die beiden Anteile in West und Ost sind, zeigt sich, dass der Anteil der Personen unterhalb der Niedriglohnschwelle auch zu einem gewissen Maß die Heterogenität der Lebensverhältnisse widerspiegelt.¹³ Implizit legt man bei der Interpretation der Werte die Annahme zugrunde, dass in dem betrachteten Gebiet einheitliche Lebensverhältnisse herrschen (sollen).

Wie Abbildung 1 zeigt hat die Bedeutung des Niedriglohnssektors seit 1999, der früheste Zeitpunkt zu dem uns Daten vorliegen, deutlich zugenommen. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland hat sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, die für ein monatliches Einkommen unterhalb der jeweiligen Niedriglohnschwelle arbeiten, merklich erhöht.

¹² Die Stadt Berlin wird Ostdeutschland zugeschlagen.

¹³ Als illustratives Beispiel möge das folgende Gedankenexperiment dienen: Man stelle sich zwei (fast) gleich große Länder vor, von denen eines reich und eines arm ist. Desweiteren nehme man an, dass die Lohnverteilungen in diesen beiden Ländern gleichverteilt komplett überschneidungsfrei seien. Nun habe das reiche Land eine Person mehr. Der niedrigste Einkommensbezieher im reichen Land entspräche dann gerade dem Median. Nun verdiene der Reichste des armen Landes mehr als ein Drittel weniger als der Ärmste des reichen Landes. In diesem Falle würde bei einer gemeinsamen Berechnung des Niedriglohnes die Quote bei 50 Prozent liegen, während bei einer separaten Berechnung die Quoten bei je 33 Prozent liegen würden.

Abbildung 1: Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsplatz im Niedriglohnbereich in West- und Ostdeutschland und Entwicklung der Niedriglohnschwelle, 1999–2010, jeweils zum 31.12., in Prozent und Euro



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

So ist der Niedriglohnanteil in Ostdeutschland von 17,9 Prozent im Jahr 1999 um 3,2 Prozentpunkte auf 21,1 Prozent im Jahr 2010 angestiegen. Analog zu Ostdeutschland ist der Niedriglohnsektor in Westdeutschland zwischen 1999 (16,6 Prozent) und 2010 (20,8 Prozent) um 4,2 Prozentpunkte gewachsen. In absoluten Zahlen betrachtet stieg die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigter im Niedriglohnsektor in Westdeutschland von ca. 2,8 Millionen im Jahr 1999 auf knapp 3,5 Millionen im Jahr 2010 und in Ostdeutschland von knapp 804.000 Personen auf ca. 826.000 Personen.

Betrachtet man die Entwicklung des Niedriglohnsektors in Ost- und Westdeutschland etwas genauer, so wird deutlich, dass es in Westdeutschland nach stetigen Anstiegen bis 2007, in den Jahren 2008 und 2009 lediglich marginale Veränderungen gab, bevor es im aktuellen Berichtsjahr wieder eine deutliche Steigerung gab. In Ostdeutschland ist seit dem Jahr 2005 eine Stagnation zu verzeichnen. Besonders starke Anstiege sind in Westdeutschland in den Jahren 2003 bis 2006 festzustellen. In Ostdeutschland kam es hingegen zwischen 1999 und 2003 zu deutlichen Anstiegen. Die Ursachen für diese Entwicklungen diskutieren wir weiter unten (siehe Kapitel 5).

Neben der Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland kann auch die Struktur des Niedriglohnsektors dargestellt und analysiert werden. Die Darstellung der Struktur des Niedriglohnsektors ist von besonderer Bedeutung, da sie die Betroffenheit von bestimmten Personengruppen, Branchen und Berufen offenlegt.

Frauen sind deutlich häufiger im Niedriglohnsektor beschäftigt als Männer. So beträgt der Niedriglohnanteil von Frauen in Ostdeutschland 28,3 Prozent und in Westdeutschland 34,4 Prozent, während er bei den Männern im Osten „lediglich“ 15,8 Prozent beziehungsweise 13,5 Prozent im Westen beträgt. Dieser Abstand ist u. a. auf die unterschiedlichen Tätigkeitsschwerpunkte von Frauen und Männern zurückzuführen. So arbeiten Männer im Vergleich zu Frauen überproportional oft in Branchen und Berufsbereichen, die deutlich besser entlohnt werden. Anzumerken ist darüber hinaus, dass die Niedriglohnproblematik bei Frauen anhand dieser Zahlen sogar eher unterschätzt wird, weil Frauen häufiger Teilzeit arbeiten und in Teilzeit bei ansonsten gleichen Bedingungen geringere Stundenlöhne gezahlt werden (vgl. Bardasi/Gornick 2007).

Tabelle 1: Niedriglohnanteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort in Ost- und Westdeutschland nach Personenmerkmalen, 31.12.2010, in Prozent

Personenmerkmal		Niedriglohnanteil	
		Ostdeutschland	Westdeutschland
Geschlecht	Frauen	28,3%	34,4%
	Männer	15,8%	13,5 %
Qualifikation	ohne Berufsausbildung	36,4%	32,6%
	mit Berufsausbildung	19,2%	16,0%
	Fach- und Hochschulabschluss	3,9%	3,7%
Altersgruppe	15 bis unter 25 Jahre	43,7%	48,8%
	25 bis unter 50 Jahre	20,2%	19,4%
	50 Jahre und älter	18,1%	16,0%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Differenziert nach dem Personenmerkmal Alter wird deutlich, dass junge Beschäftigte besonders stark im Niedriglohnsektor vertreten sind. In Ostdeutschland sind 43,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Alter von 15 bis unter 25 Jahren im Niedriglohnsektor tätig und in Westdeutschland sogar 48,8 Prozent. Bei den 25- bis unter 50-Jährigen erzielen in Ostdeutschland 20,2 Prozent und in Westdeutschland 19,4 Prozent ein Bruttomonatsgehalt unterhalb der jeweiligen Niedriglohnschwelle. Am niedrigsten ist der Niedriglohnanteil in der Altersgruppe ab 50 Jahren (18,1 Prozent in Ostdeutschland und 16 Prozent in Westdeutschland). Das Risiko unterhalb der Niedriglohnschwelle bezahlt zu werden, ist somit bei jüngeren Vollzeitbeschäftigten besonders hoch (15 bis unter 25 Jahre) und nimmt offensichtlich mit steigendem Alter ab. Auf Basis der vorliegenden Daten können wir allerdings nicht schlussfolgern, ob es sich bei den ausgewiesenen Alterseffekten tatsächlich um reine Alterseffekte handelt oder ob diese durch Kohorteneffekte überlagert werden. Das heißt, es ist denkbar, dass in der Zukunft auch die Niedriglohnquoten der älteren Altersgruppen ansteigen, wenn junge Niedriglohnbezieher älter werden und den Niedriglohnbereich dabei nicht verlassen können.

Die Anteile der Niedriglohnbezieher nach Qualifikation verdeutlichen die enorme Bedeutung des Qualifikationsniveaus für die Lohnhöhe. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland

sinkt mit steigendem Bildungsgrad die Wahrscheinlichkeit im Niedriglohnssektor beschäftigt zu sein. So erzielen in Ostdeutschland 36,4 Prozent und in Westdeutschland 32,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung¹⁴ ein monatliches Entgelt unterhalb der jeweiligen Niedriglohnschwelle, während in Ostdeutschland nur 3,9 Prozent und in Westdeutschland 3,7 Prozent der Vollzeitbeschäftigten mit einem Fach- oder Hochschulabschluss im Niedriglohnssektor tätig sind. Dazwischen liegen die Anteile der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Niedriglohnpfänger mit abgeschlossener Berufsausbildung mit 19,2 Prozent in Ostdeutschland und 16 Prozent in Westdeutschland.

Weiblich, jung und ohne Berufsausbildung: Wie die Analyse der Struktur des Niedriglohnssektors in Ost- und Westdeutschland gezeigt hat, sind dies die Attribute beziehungsweise Personenmerkmale, die die Wahrscheinlichkeit im Niedriglohnssektor beschäftigt zu sein offenbar deutlich erhöhen.

Differenziert man die Niedriglohnbeschäftigten in Ost- und Westdeutschland des Weiteren nach Branchen und Berufen, so wird deutlich, dass sich die Personen, deren monatliches Bruttoeinkommen unterhalb der jeweiligen Niedriglohnschwelle bewegt, nicht gleichmäßig auf alle Branchen und Berufe verteilen. So zeigt die Analyse nach Wirtschaftsabschnitten, dass der Niedriglohnssektor im Gastgewerbe (Ostdeutschland: 63,9 Prozent; Westdeutschland: 72,7 Prozent) und im Bereich Private Haushalte (Ostdeutschland 58,4 Prozent; Westdeutschland: 75,3 Prozent) von sehr großer Bedeutung ist. Im Gastgewerbe spielen neben dem (Stunden-)Lohn allerdings auch andere variable Gehaltsbestandteile (z. B. das Trinkgeld) eine wichtige Rolle, so dass die Problematik in dieser Branche vielleicht etwas überschätzt wird. Dagegen spielt das Phänomen der Niedriglohnbeschäftigten in der Energieversorgung (Ostdeutschland 1,7 Prozent; Westdeutschland 1,8 Prozent) oder in der Öffentlichen Verwaltung (Ostdeutschland: 2,0 Prozent; Westdeutschland: 4,2 Prozent) eine untergeordnete Rolle (vgl. Frank/Grimm 2010: 27).

Auf der Ebene der Berufsbereiche ist Niedriglohnbeschäftigung insbesondere bei der zahlenmäßig sehr kleinen Gruppe der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Pflanzenbauer, Tierzüchter und Fischer (z. B. Pflanzenschützer, Floristen oder Holzfäller: Ostdeutschland 36,8 Prozent; Westdeutschland 41 Prozent) stark verbreitet. Auch in den beiden größten Berufsbereichen Dienstleistungsberufe (z. B. Verkäufer, Tankwarte, Werbekaufleute etc.) und Fertigungsberufe (z. B. Keramiker, Schlosser, Textilverarbeiter etc.) ist der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten mit circa jedem fünften sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten keineswegs zu unterschätzen (Fertigungsberufe: Ostdeutschland 20,6 Prozent; Westdeutschland 19,3 Prozent; Dienstleistungsberufe: Ostdeutschland 22,4 Prozent; Westdeutschland 23,5 Prozent). Im Folgenden beleuchten wir das Ausmaß und die Verteilung des Niedriglohnssektors in Hessen.

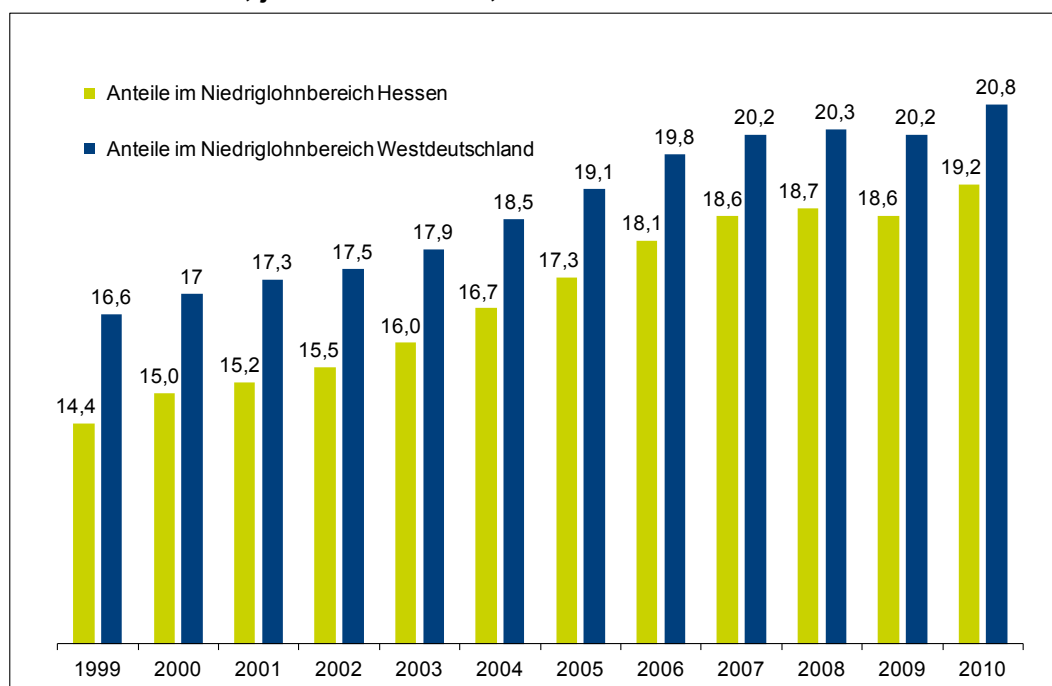
¹⁴ Genauer gesagt, Personen, deren höchster berufsqualifizierender Abschluss „ohne abgeschlossene Berufsausbildung“ ist. In dieser Gruppe können sich Personen befinden, die ein Studium abgebrochen haben ebenso, wie solche die die Hauptschule nicht geschafft haben und Ausländer (oder Spätaussiedler), bei denen der Abschluss nicht anerkannt wurde.

3 Niedriglohnbeschäftigung in Hessen

Gemessen an der westdeutschen Niedriglohngrenze (1.890 Euro) waren in Hessen im Jahr 2010 insgesamt circa 311.500 Personen beziehungsweise 19,2 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor beschäftigt. Der Niedriglohnanteil in Hessen ist somit um 1,6 Prozentpunkte niedriger als im westdeutschen Durchschnitt (vgl. Abbildung 2). Dennoch arbeitet auch hierzulande knapp jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnsektor.

In Abbildung 2 ist die Entwicklung des Anteils der Niedriglohnbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in Hessen dargestellt. Wie die Abbildung verdeutlicht ist der Niedriglohnsektor in Hessen seit Ende der 1990er Jahre rasant gewachsen. Während im Jahr 1999 14,4 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiteten, waren es im Jahr 2010 bereits 19,2 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten. Innerhalb von elf Jahren ist der Niedriglohnanteil damit um insgesamt 4,8 Prozentpunkte gewachsen.

Abbildung 2: Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Westdeutschland und Hessen, 1999–2010, jeweils zum 31.12., in Prozent



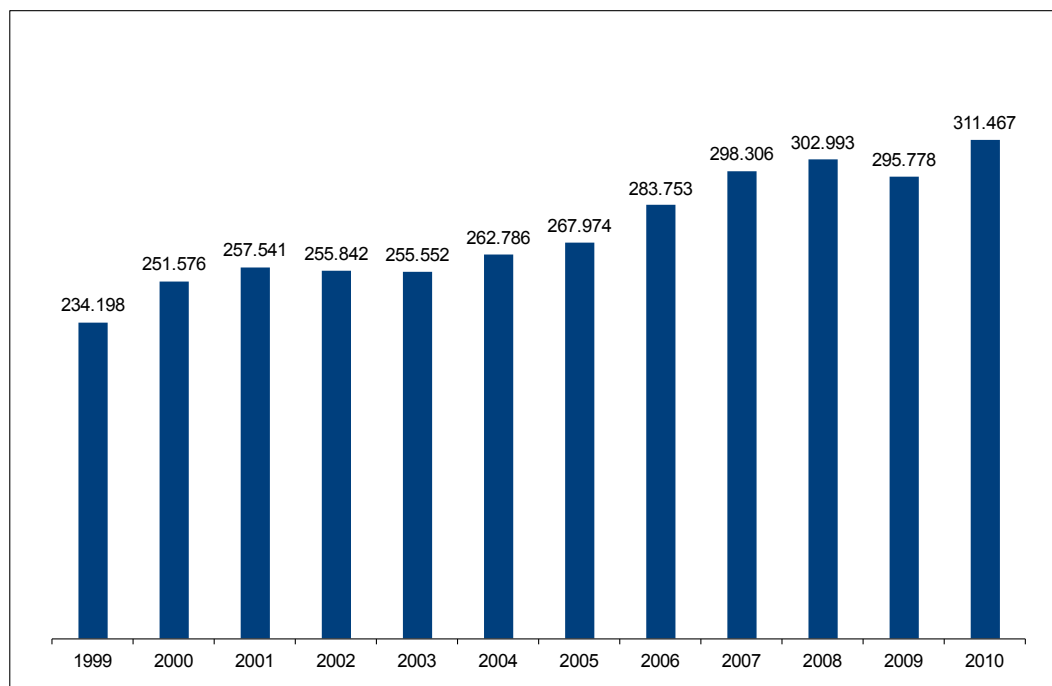
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Besonders auffällig ist der Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung seit dem Jahr 2003. Allein zwischen 2003 und 2007 ist der Niedriglohnanteil in Hessen um 2,6 Prozentpunkte beziehungsweise rund 43.000 Personen gewachsen.

Seit dem Jahr 2007 stagnierte der Niedriglohnanteil in Hessen zunächst auf hohem Niveau und schwankt zwischen 18,6 Prozent im Jahr 2007, 18,7 Prozent im Jahr 2008 und 18,6 Prozent im Jahr 2009, bevor er im Jahr 2010 wieder deutlich anstieg.

Innerhalb der letzten elf Jahre ist ein Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich von ungefähr 235.000 Personen im Jahr 1999 um etwa 76.500 Personen auf rund 311.500 Personen im Jahr 2010 zu verzeichnen. Infolgedessen ist der Niedriglohnsektor in Hessen innerhalb der letzten Dekade um circa 26 Prozent gewachsen (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Anzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen, 1999–2010, jeweils zum 31.12.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Die hier dargestellten Entwicklungen offenbaren, dass es innerhalb der letzten Jahre zu einer deutlichen Expansion von niedrig entlohnenden Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen in Hessen gekommen ist. Eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung scheint auch hierzulande inzwischen häufiger als früher kein Garant mehr für einen Lohn oberhalb des Niedriglohnbereiches zu sein.

3.1 Die Struktur des Niedriglohnsektors in Hessen

In diesem Abschnitt betrachten wir die Struktur des Niedriglohnsektors in Hessen näher. Dazu wird in einem ersten Schritt die Struktur des Niedriglohnsektors im Jahr 2010 diskutiert. Darauf aufbauend wird die Entwicklung der Struktur des Niedriglohnsektors im Zeitverlauf beschrieben und analysiert.

Tabelle 1 veranschaulicht einerseits bei welchen Beschäftigtengruppen der Anteil der Niedriglohnbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt besonders hoch ist und andererseits wie hoch der Anteil der jeweiligen Beschäftigtengruppe am gesamten Niedriglohnsektor ist.

Betrachtet man die Niedriglohnanteile von sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern, so wird offensichtlich, dass Frauen deutlich überproportional von Nied-

riglöhnen betroffen sind. So hatten im Jahr 2010 insgesamt 29,8 Prozent aller sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Frauen ein monatliches Bruttoeinkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle von 1.890 Euro. Damit war im Jahr 2010 fast jede dritte vollzeitbeschäftigte Frau in einem niedrig entlohnten Vollzeitbeschäftigungsverhältnis. Insgesamt befinden sich derzeit rund 170.000 vollzeitbeschäftigte Frauen in einem Niedriglohnjob, was einem Anteil von 54,4 Prozent am gesamten Niedriglohnsektor entspricht. Demgegenüber arbeiten „nur“ 13,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Männer für einen Niedriglohn. Von einer Beschäftigung im Niedriglohnsektor sind in Hessen, wie bundesweit, vor allem Frauen betroffen. Gegenüber dem durchschnittlichen Niedriglohnanteil von Frauen in Westdeutschland (34,4 Prozent) fällt der Niedriglohnanteil von Frauen in Hessen aber immerhin um 4,6 Prozentpunkte niedriger aus. Bei Männern hingegen ist der Anteil identisch. Im westdeutschen Vergleich fällt Hessen bei den Frauen insofern positiv auf.

Ein möglicher Grund hierfür könnte der in Hessen im Vergleich zu Deutschland niedrigere durchschnittliche Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern sein. Während in Deutschland 2010 der durchschnittliche unbereinigte Entgeltunterschied (Differenz der Mediane) zwischen vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern bei 23 Prozent liegt, beträgt er in Hessen 20,4 Prozent und ist damit immerhin 2,6 Prozentpunkte niedriger (vgl. Garloff/Machnig/Schaade 2011: 30 f; Statistisches Bundesamt 2011a).

Tabelle 2: Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen nach Personenmerkmalen, 31.12.2010, in Prozent

Personenmerkmal		Niedriglohnanteil (am Personenmerkmal)	Anteil am gesamten Niedriglohnsektor
Geschlecht	Frauen	29,8%	54,4%
	Männer	13,5%	45,6%
Qualifikation	ohne Berufsausbildung	33,0%	16,4%
	mit Berufsausbildung	14,7%	44,8%
	Fach- und Hochschulabschluss	3,5%	2,6%
	keine Zuordnung möglich	38,5%	36,2%
Alter	unter 25-Jährige	48,5%	16,3%
	25- bis unter 50-Jährige	18,0%	63,1%
	50-Jährige und Ältere	15,0%	20,6%
Nationalität	Deutsche	17,6%	83,0%
	Ausländer	33,5%	17,0%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Die Anteile der Niedriglohnempfänger nach Qualifikationen verdeutlichen, dass der Bildungsgrad beziehungsweise das Qualifikationsniveau eine entscheidende Determinante für die Lohnhöhe ist. Die Wahrscheinlichkeit im Niedriglohnsektor beschäftigt zu sein, ist desto geringer, je höher das Qualifikationsniveau ist. So arbeiten lediglich 3,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten mit einem Fach- oder Hochschulabschluss für einen Niedriglohn. Dagegen erzielten 33 Prozent der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbe-

schäftigten ohne eine Berufsausbildung ein monatliches Bruttoeinkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle. Der Niedriglohnanteil der Vollzeitbeschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung liegt mit 14,7 Prozent dazwischen.

Betrachtet man jedoch den Anteil der jeweiligen Qualifikationen am gesamten Niedriglohnsektor, so wird deutlich, dass die weitverbreitete Behauptung, dass der Niedriglohnsektor insbesondere ein Sammelbecken für gering Qualifizierte sei, nicht der Realität entspricht. So haben insgesamt mindestens 47,4 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Niedriglohnempfänger entweder eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss. Von den rund 311.000 vollzeitbeschäftigten Niedriglohnempfängern haben mindestens 139.000 Personen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Studienabschluss und besitzen somit eine formale berufliche Qualifikation. Dagegen ist der Anteil von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ohne Berufsausbildung am gesamten Niedriglohnsektor mit mindestens 16,4 Prozent vergleichsweise gering.¹⁵

Differenziert nach Altersklassen zeigt sich, dass der Anteil an Niedriglohnbeziehern besonders bei den unter 25-Jährigen gravierend hoch ausfällt (48,5 Prozent) und dies obwohl Auszubildende in der Analyse nicht berücksichtigt werden. In der mittleren Altersklasse (25- bis unter 50-Jährige) und der höheren Altersklasse (50-Jährige und älter) ist der Niedriglohnanteil mit 18 Prozent beziehungsweise 15 Prozent nicht überproportional stark ausgeprägt. Wie auch in Westdeutschland (48,8 Prozent) sind damit insbesondere jüngere Vollzeitbeschäftigte von niedrigen Löhnen betroffen.

Deutliche Unterschiede gibt es auch beim Vergleich von Deutschen und Ausländern. So erzielten im Jahr 2010 17,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten Deutschen und 33,5 Prozent der vollzeitbeschäftigten Ausländer ein monatliches Entgelt unterhalb der Niedriglohnschwelle. Die Verteilung der Niedriglohnbeschäftigten nach Nationalität zeigt jedoch, dass 83 Prozent aller Niedriglohnbeziehenden Deutsche (circa 259.000 Personen) und 17 Prozent Ausländer (circa 53.000 Personen) sind.

Niedriglohnbeschäftigung nach Branchen und Berufen in Hessen

Neben den Niedriglohnanteilen in den einzelnen Beschäftigtengruppen, ist es für die Strukturanalyse des Niedriglohnsektors ebenso von besonderer Bedeutung, wie sich die Personen, deren Einkommen sich unterhalb der Niedriglohnschwelle bewegt, über die verschiedenen Branchen und Berufen hinweg verteilen.

Die Analyse nach Wirtschaftsabschnitten zeigt, dass sich die Niedriglohnbezieher keineswegs über alle Branchen hinweg gleichmäßig verteilen.¹⁶ Vielmehr reicht die Spanne in Hessen von 1,2 Prozent im Sektor der Energieversorgung bis zu 75,5 Prozent im Bereich Private Haushalte. Drei von vier sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in der letztgenannten Branche arbeiten somit für einen Niedriglohn.

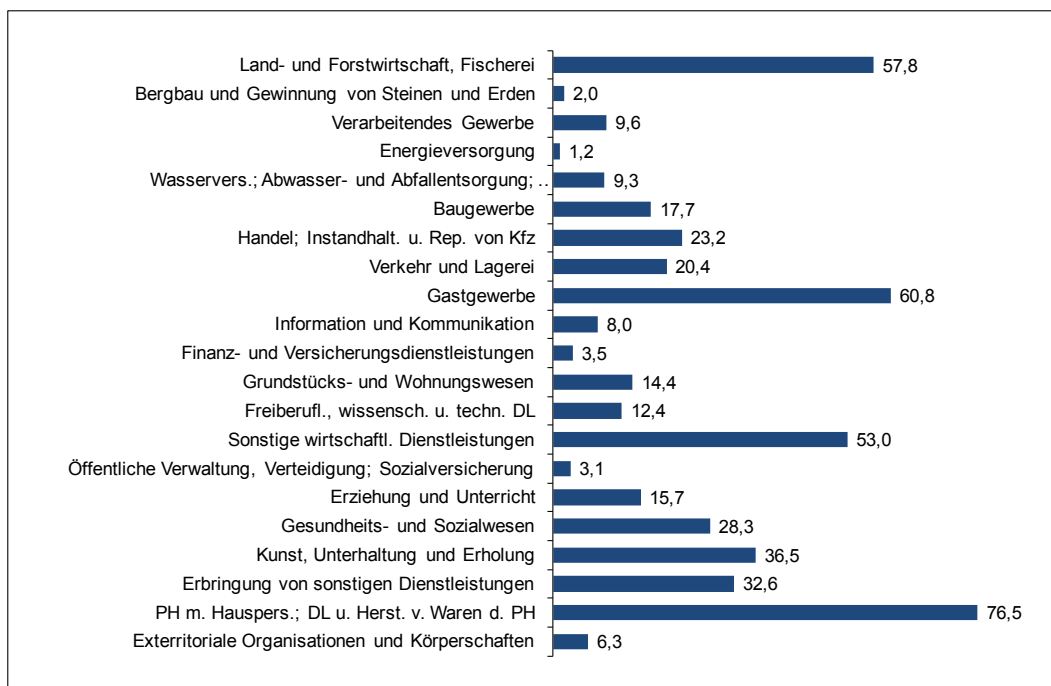
¹⁵ Bei 112.891 beziehungsweise 38,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ist keine Zuordnung möglich. Daher können wir nur Mindestaussagen treffen.

¹⁶ Wir verwenden die aktuelle Klassifikation der Wirtschaftszweige, WZ08.

Sehr auffällig ist zudem, dass viele der Branchen mit einem hohen Niedriglohnanteil dem Dienstleistungssektor zuzuordnen sind, wie zum Beispiel das Gastgewerbe (60,8 Prozent), Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (53,0 Prozent), Kunst, Unterhaltung und Erholung (36,5 Prozent) und die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (32,6 Prozent). Der Wirtschaftsabschnitt Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen umfasst auch die Arbeitnehmerüberlassung beziehungsweise die Zeitarbeit. Der hohe Niedriglohnanteil in diesem Abschnitt ist wesentlich auf die Zeitarbeit zurückzuführen. So lag das monatliche Einkommen von 67 Prozent aller Zeitarbeiter im Jahr 2009 unterhalb der damaligen Niedriglohnschwelle von 1.870 Euro. Rechnet man die Arbeitnehmerüberlassung aus diesem Abschnitt heraus verbleibt ein Anteil von 33 Prozent im Niedriglohnbereich.

Neben der Dienstleistungsbranche weist insbesondere der Wirtschaftsabschnitt Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit 57,8 Prozent einen überproportional hohen Niedriglohnanteil auf. Allerdings arbeiten in dieser Branche in ganz Hessen lediglich rund 3.000 Personen und damit nur 0,2 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten.

Abbildung 4: Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen nach Wirtschaftszweigen, 31.12.2010, in Prozent

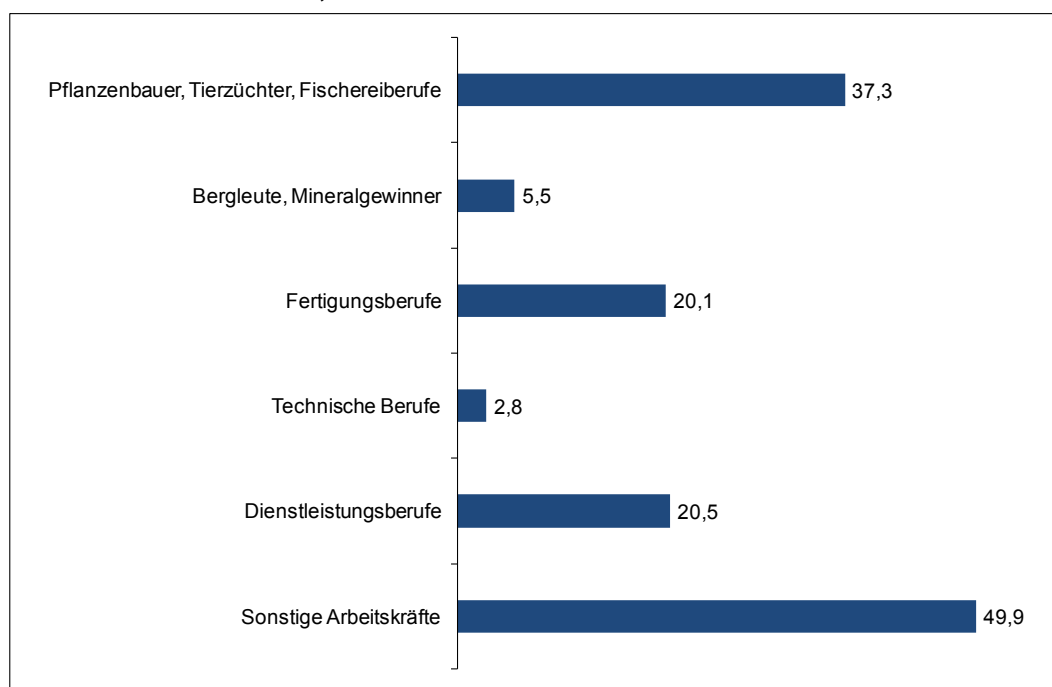


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Der Anteil von Niedriglohnbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe (als Überbegriff für Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe) fällt hingegen deutlich niedriger aus. So liegt der Niedriglohnanteil im Verarbeitenden Gewerbe lediglich bei 9,6 Prozent, während der Niedriglohnanteil im Baugewerbe mit 17,7 Prozent höher ausfällt. Würde man allerdings die Zeitarbeiter, die ins Verarbeitende Gewerbe entliehen sind, mitzählen, fiel die Quote der Niedriglohnbezieher dort wohl ebenfalls höher aus.

Angesichts der Tatsache, dass im Baugewerbe ein allgemeinverbindlicher Mindestlohn existiert, ist der Befund, dass der Anteil der Niedriglöhne im Baugewerbe höher ist als im Verarbeitenden Gewerbe, zumindest erstaunlich. Offensichtlich verhinderte der zum 1. Juli 2010 gültige Mindestlohn von 10,90 Euro pro Stunde (für Hilfsarbeiter in der Baubranche in Westdeutschland) ein monatliches Bruttoeinkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle von 1.890 Euro nicht. So erhalten die Empfänger von Mindestlöhnen im Baugewerbe bei einer geschätzten Wochenarbeitszeit von 39 Stunden ein monatliches Bruttoeinkommen von circa 1.842 Euro, bleiben also knapp unter der Niedriglohnschwelle. Auf der Ebene der Berufsbereiche gehören Vollzeitbeschäftigte mit technischen Berufen (2,8 Prozent) sowie Bergleute und Mineralgewinner (5,5 Prozent) äußerst selten dem Niedriglohnsektor an, wohingegen Pflanzbauer, Tierzüchter und Fischereiberufe (37,3 Prozent), Dienstleistungsberufe (20,5 Prozent), Fertigungsberufe (20,1 Prozent) und Sonstige Arbeitskräfte (49,9 Prozent) hohe bis sehr hohe Niedriglohnanteile aufweisen.

Abbildung 5: Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen nach Berufsbereichen, 31.12.2010, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

Schaut man sich die Berufe detaillierter an, so gehören zu den Berufen mit einem vergleichsweise hohem Niedriglohnanteil insbesondere:

- Allgemeine Dienstleistungsberufe (58,3 Prozent), z. B. Friseure, Hotel- und Restaurantfachleute, Textilreiniger, Gebäude- und Fassadenreiniger, Hauswirtschaftler etc.,
- Ernährungsberufe (47,8 Prozent), z. B. Konditoren und Bäcker, Fleischer, Köche,
- Ordnungs- und Sicherheitsberufe (29 Prozent), z. B. Pförtner, Wächter, Werkschutzleute, Hotel- und Warenhausdetektive,
- Gesundheitsberufe (27,9 Prozent), z. B. Masseur, Sanitäter, Laboranten, Arzthelfer etc.,

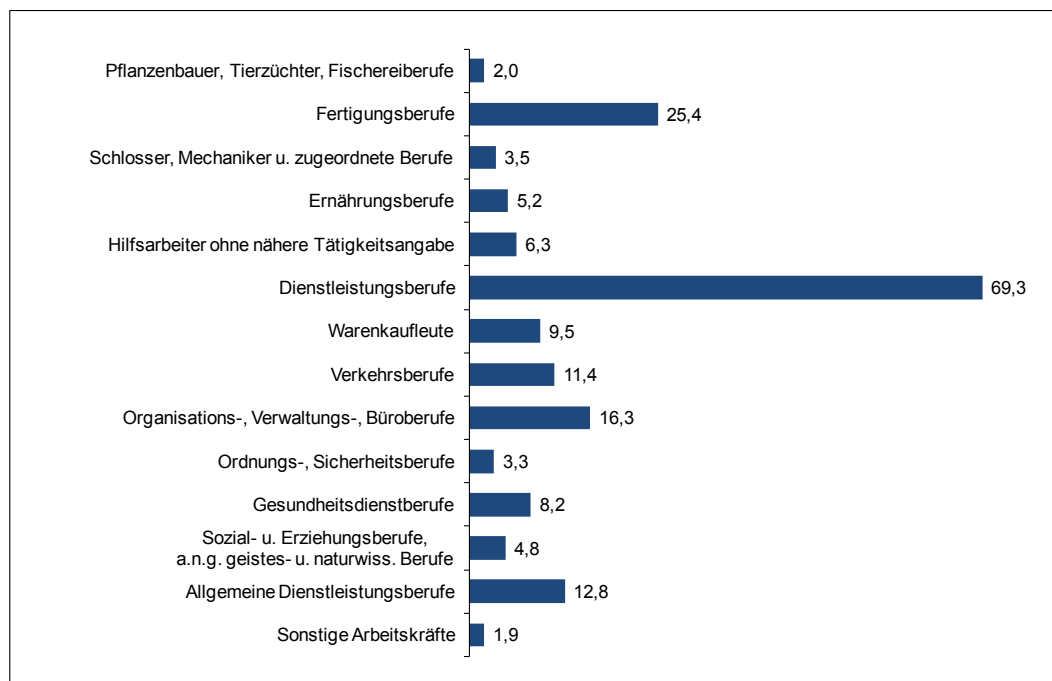
- Verkehrsberufe (27,2 Prozent), z. B. Schienenfahrzeugführer, Omnibusführer, Taxifahrer, Postfachkräfte etc.,
- Warenkaufleute (28,9 Prozent), z. B. Einzelhandelskaufleute, Apothekenhelferinnen, Tankwarte etc.,
- Sozial- und Erziehungsberufe (19,8 Prozent), z. B. Sozialarbeiter, Erzieher, Skilehrer, Berufsberater, Fahrschullehrer.

Verfolgt man die Diskussion um den Fachkräftemangel beispielsweise im Bereich Pflege und Gesundheit (vgl. Pohl 2011) ist gerade der hohe Anteil von Niedriglohnbezieherinnen bei den Gesundheitsberufen erstaunlich. Andererseits erscheint der diagnostizierte Mangel an Fachkräften in diesem Sektor gerade wegen der niedrigen Löhne und der schlechten Arbeitsbedingungen dann auch wenig überraschend.

In Hessen sind insgesamt 65 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in einem Dienstleistungsberuf beschäftigt. Betrachtet man die Anteile der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in ausgewählten Berufen am gesamten Niedriglohnsektor, so wird deutlich, dass sich die Niedriglohnbeschäftigung in Hessen stark auf Dienstleistungsberufe konzentriert. So üben knapp 70 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Niedriglohneempfänger in Hessen einen Dienstleistungsberuf aus. In absoluten Zahlen ausgedrückt sind von den knapp 311.000 Niedriglohnbeschäftigten in Hessen circa 216.000 Personen in einem Dienstleistungsberuf angestellt. Die folgenden Dienstleistungsberufe haben dabei einen besonders hohen Anteil am gesamten Niedriglohnsektor:

- Organisations-, Verwaltungs-, und Büroberufe (16,3 Prozent), z. B. Bürofach- und Bürohilfskräfte, Kassierer, Buchhalter etc. (ggü. 26,0 Prozent an der Beschäftigung insgesamt),
- Allgemeine Dienstleistungsberufe (12,8 Prozent), z. B. Friseure, Hotel- und Restaurantfachleute, Textilreiniger, Gebäude- und Fassadenreiniger, Hauswirtschaftler etc. (ggü. 4,3 Prozent an der Beschäftigung insgesamt),
- Verkehrsberufe (11,4 Prozent), z. B. Schienenfahrzeugführer, Omnibusführer, Taxifahrer, Postfachkräfte etc. (ggü. 8,1 Prozent an der Beschäftigung insgesamt),
- Gesundheitsdienstberufe (8,2 Prozent), z. B. Arzthelfer, Krankenpfleger, Sanitäter etc. (ggü. 5,7 Prozent an der Beschäftigung insgesamt),
- Warenkaufleute (9,5 Prozent), z. B. Einzelhandelskaufleute, Apothekenhelferinnen, Tankwarte etc. (ggü. 6,5 Prozent an der Beschäftigung insgesamt).

Abbildung 6: Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen in ausgewählten Berufen am gesamten Niedriglohnbereich, 31.12.2010, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

Aufgrund der oben genannten Daten vermuten wir, dass ein besonders hohes Niedriglohnrisiko gerade bei Beschäftigten in sogenannten ortsgebundenen Dienstleistungen existiert. Das sind Dienstleistungsbereiche die nicht ohne Weiteres verlagert werden können, wie z. B. Jobs in Bäckereien, im Bewachungsgewerbe, in der Friseurbranche oder auch in der Gastronomie.¹⁷ Das ist insofern bedeutsam, als dass der Niedriglohnbereich eine zentrale Rolle im Diskurs um Mindestlöhne in Deutschland spielt. Neben dem Einwand der Gegner von Mindestlöhnen, dass eine staatlich festgelegte Lohnuntergrenze oberhalb des markträumenden Gleichgewichtslohnsatzes zu einem Angebotsüberschuss und somit zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führe, wird auch die Gefahr der Verlagerung ins Ausland als Argument angeführt (vgl. Bosch/Weinkopf 2007). So wird argumentiert, dass die Einführung eines Mindestlohns dazu führe, dass Unternehmen aufgrund erhöhter Lohnkosten Beschäftigung ins Ausland verlagern würden. Wenn unsere Vermutung zutrifft, dass gerade ortsgebundenen Dienstleistungen von Niedriglöhnen betroffen sind¹⁸, kann das Outsourcing-Argument zumindest als fragwürdig gelten.

¹⁷ Vanselow (2008) kommt in einer Studie auf der Grundlage der Daten des SOEP zu dem Ergebnis, dass 85 Prozent aller Friseure, 82 Prozent aller Taxifahrer, 63 Prozent aller Beschäftigten in der Gastronomie, 61 Prozent aller Beschäftigten in der Hotellerie und 56 Prozent aller Gebäudereiniger von Niedriglöhnen betroffen sind.

¹⁸ Ein Grund dafür, dass viele ortsgebundene Dienstleistungen von Niedriglöhnen betroffen sind, könnte sein, dass die Tarifbindung in der Dienstleistungsbranche relativ schwach ausgeprägt ist (vgl. Ellguth/Kohaut 2005).

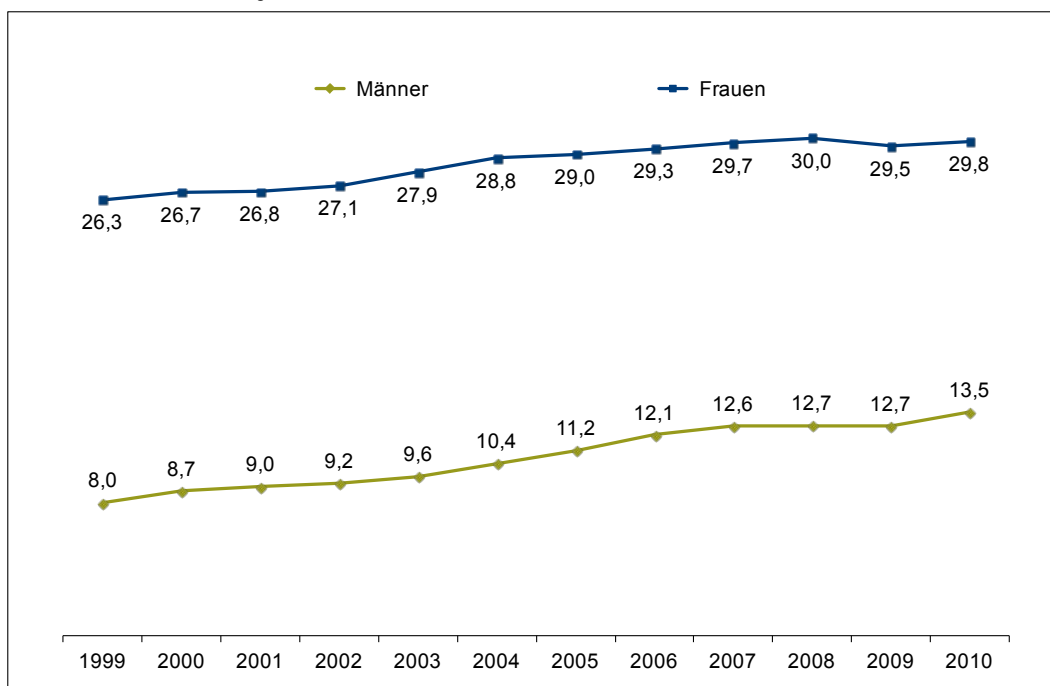
3.2 Entwicklung der Niedriglohnstruktur im Zeitverlauf

Neben einer aktuellen Bestandsaufnahme der Struktur des Niedriglohnsektors in Hessen ist es von besonderer Bedeutung wie sich die Niedriglohnstruktur in Hessen im Zeitverlauf entwickelt hat.

Die Analyse der Entwicklung im Niedriglohnsektor nach dem Geschlecht zeigt sowohl einen deutlichen Anstieg des Niedriglohnanteils bei sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Frauen als auch bei sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Männern.

Während im Jahr 1999 knapp jede vierte vollzeitbeschäftigte Frau und circa jeder zwölfte vollzeitbeschäftigte Mann im Niedriglohnsektor beschäftigt war, traf dies im Jahr 2010 bereits auf nahezu jede dritte vollzeitbeschäftigte Frau und etwa jeden siebten vollzeitbeschäftigten Mann zu. Das Risiko für ein Bruttoeinkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle beschäftigt zu werden, ist folglich sowohl für vollzeitbeschäftigte Frauen als auch für vollzeitbeschäftigte Männer gestiegen. Vollzeitbeschäftigte Männer sind von dieser Entwicklung, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau, stärker betroffen als vollzeitbeschäftigte Frauen. So ist der Niedriglohnanteil der vollzeitbeschäftigten Männer seit 1999 um 5,5 Prozentpunkte gestiegen, während der Niedriglohnanteil von Frauen um 3,5 Prozentpunkte angestiegen ist.

Abbildung 7: Anteil der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Frauen und Männer (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen, 1999–2010, jeweils zum 31.12., in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Die Entwicklung der Anteile der Niedriglohnempfänger nach Qualifikationen ist besonders wichtig, da dies darüber Aufschluss gibt, ob die Zielgruppe „Geringqualifizierte“ in besonderer Weise durch den Niedriglohnsektor betroffen ist. Tabelle 3 verdeutlicht, dass während der letzten Jahre in allen Kategorien ein Anstieg des Niedriglohnanteils stattgefunden hat. Für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte ohne Berufsausbildung hat sich der Niedrig-

lohnanteil seit 1999 um insgesamt 7,7 Prozentpunkte erhöht, welche den stärksten Anstieg aller Kategorien verzeichnen. Es zeigt sich jedoch auch, dass ebenso der Niedriglohnanteil von formal Qualifizierten innerhalb der letzten elf Jahre angestiegen ist. Demnach hat sich der Anteil von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung um drei Prozentpunkte und der Anteil Vollzeitbeschäftigter mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss um 0,9 Prozentpunkte erhöht.¹⁹

Absolut betrachtet ist die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten ohne Berufsausbildung im Niedriglohnsektor jedoch seit 1999 sogar gesunken (um etwa 2.400 Personen), während die Anzahl der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung um knapp 13.300 Personen angestiegen ist. Ähnlich verhält es sich bei den Personen mit Fach- oder Hochschulabschluss: Hier beträgt der Anstieg seit 1999 etwa 3.300 Vollzeitbeschäftigte.²⁰ Insgesamt sind während der gesamten Beobachtungsperiode deutlich mehr formal qualifizierte Vollzeitbeschäftigte, also Personen die mindestens eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, für einen Niedriglohn beschäftigt, als Vollzeitbeschäftigte ohne eine formale Qualifikation.

Tabelle 3: Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsplatz im Niedriglohnbereich in Hessen nach Personenmerkmalen, 1999, 2004 und 2010, jeweils zum 31.12., in Prozent

Personenmerkmal		Niedriglohnanteil (in Kategorie)		Anteil am gesamten Niedriglohnsektor		Veränderung der SVB, 1999–2010	Veränderung der Beschäftigung im Niedriglohnbereich 1999–2010
		1999	2010	1999	2010		
Qualifikation (vgl. Fußnote 15)	ohne Berufsausbildung	25,3%	33,0%	22,8%	16,4%	-26,9%	-4,5%
	mit Berufsausbildung	11,7%	14,7%	53,8%	44,7%	-12,0%	+10,5%
	Uni-/ Fachhochschulabschluss	2,6%	3,5%	2,1%	2,6%	+25,7%	+69,0%
Altersgruppe	unter 25 Jahre	40,7%	48,5%	21,0%	16,3%	-22,0%	+3,3%
	25 bis unter 50 Jahre	12,8%	18,0%	64,0%	63,1%	-11,0%	+31,2%
	50 Jahre und älter	10,6%	15,0%	15,0%	20,6%	+25,0%	+82,1%
Nationalität	Deutsche	13,4%	17,6%	83,9%	83,0%	-4,2%	+31,7%
	Ausländer	23,5%	33,5%	16,1%	17,0%	-8,8%	+40,0%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

¹⁹ Allerdings sind die Beschäftigtengruppen ohne und mit Ausbildung innerhalb der letzten zehn Jahre insgesamt geschrumpft. Gab es 1999 noch ca. 212.000 sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte ohne Berufsausbildung, so waren es 2010 nur noch knapp 155.000. Die Beschäftigtengruppe mit abgeschlossener Ausbildung ist im gleichen Zeitraum von ca. 1.074.000 auf 945.000 Personen geschrumpft. Die höheren Niedriglohnanteile beruhen also auch auf einem kleineren Nenner. Lediglich die Beschäftigtengruppe mit einem akademischen Abschluss ist zwischen 1999 und 2010 um ca. 47.000 Personen von ca. 183.000 auf etwa 230.000 Personen gewachsen.

²⁰ Bei circa 54.000 Personen ist keine Zuordnung möglich.

Es ist zu bedenken, dass eine wachsende Anzahl von formal Qualifizierten im Niedriglohnsektor die eigentliche Intention der Schaffung eines Niedriglohnsektors, also die Reintegration von gering Qualifizierten in den Arbeitsmarkt, konterkarieren könnte. Thurow (1975) argumentiert über den sogenannten Warteschlangeneffekt, dass Geringqualifizierte aufgrund ihres Qualifikationsprofils in der Warteschlange um einen Job ganz hinten stehen. Bewerben sich zunehmend formal qualifizierte Arbeitnehmer um Niedriglohnjobs und konkurrieren somit mit Geringqualifizierten, so werden Geringqualifizierte vom Arbeitsmarkt zunehmend verdrängt.

Gerade in konjunkturellen Schwächephasen, wo sich mutmaßlich mehr Qualifizierte auf Stellen für Geringqualifizierte bewerben, könnten Geringqualifizierte Verdrängungseffekten ausgesetzt sein. Dies gilt es zu bedenken, wenn man die Arbeitsmarktchancen der Zielgruppe Geringqualifizierte im Auge hat.

In Deutschland haben im jüngsten Arbeitsmarktaufschwung im Hinblick auf ihre Arbeitslosigkeit alle Gruppen profitiert. In Anbetracht der Tatsache, dass eine steigende Nachfrage nach qualifizierter Arbeit erwartet wird, mag man vermuten, dass der Thurow Effekt eher in den Hintergrund tritt. Dazu kommt, dass die Niedriglohnbeschäftigung bei formal Unqualifizierten relativ gesehen mit Abstand am Stärksten ausgeprägt ist. Dennoch stimmt es nachdenklich, dass die Gruppe der Hochschulabsolventen die einzige Gruppe ist, deren Anteil an der Niedriglohnbeschäftigung (ausgenommen die Gruppe der unbekanntenen Ausbildung) gestiegen ist: eine deutlich angestiegene Beschäftigung in diesem Bereich ist offensichtlich auch von ansteigenden Niedriglohnbeschäftigtenzahlen begleitet worden.

Der Niedriglohnanteil an der jeweiligen Gruppe ist in allen Altersgruppen gestiegen. Auffallend ist der hohe Niedriglohnanteil bei den unter 25-Jährigen. In dieser Altersgruppe hat sich der Niedriglohnanteil seit 1999 um 7,8 Prozentpunkte erhöht. Heute ist nahezu jeder zweite Vollzeitbeschäftigte unter 25 Jahren (ohne Auszubildende) unterhalb der Niedriglohnschwelle entlohnt.

Diese Beobachtung könnte insofern optimistisch stimmen, als dass es sich bei dem Phänomen der Niedriglohnbeschäftigung „nur“ um ein transitorisches Phänomen handelt. Allerdings wissen wir nicht, ob die Personen die heute jung und im Niedriglohnbereich beschäftigt sind, tatsächlich mit zunehmendem Alter aus dem Niedriglohnbereich ausscheiden, oder ob sie im Niedriglohnsektor langfristig verweilen und ihren niedrigen Lohn in die nächste Altersgruppe mitnehmen. Mit Hilfe unserer Daten lässt sich leider nicht unterscheiden, ob es ein Effekt des Alters oder der Generation ist.

Darüber hinaus zeigt sich, dass ein konstant hoher beziehungsweise steigender Anteil aller Niedriglohnbeschäftigten aus den mittleren und älteren Altersgruppen stammt. Sowohl heute wie auch schon 1999 sind knapp 64 Prozent aller Niedriglohnbeziehenden zwischen 25 und unter 50 Jahren. Der Anteil der über 50-Jährigen an allen Niedriglohnbeziehenden hat sich seit 1999 zwar um insgesamt 5,6 Prozentpunkte erhöht. Das liegt aber an der Zunahme der Größe dieser Gruppe, wobei insgesamt der Anstieg der Niedriglohnbeschäftigten in dieser Altersgruppe unterdurchschnittlich ausfällt. Der Anteil der unter 25-Jährigen an der Niedriglohnbeschäftigung ist dahingegen um 4,7 Prozentpunkte gesunken, obgleich die Wahr-

scheinlichkeit einer Niedriglohnbeschäftigung in diesem Bereich überproportional angestiegen ist. Dies liegt an der kleiner werdenden Größe der Gruppe der unter 25-Jährigen.

Auffällig ist auch die Veränderung des Niedriglohnanteils unter Ausländern. So ist der Niedriglohnanteil in der Gruppe der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Ausländer seit 1999 um zehn Prozentpunkte angestiegen. Der Niedriglohnanteil in der Gruppe der vollzeitbeschäftigten Deutschen ist innerhalb der letzten Dekade um 4,2 Prozentpunkte gestiegen.

3.3 Niedriglohnbeschäftigung nach Berufen in Hessen im Zeitverlauf

Aufgrund der Umstellung der Systematik der Wirtschaftszweige ist eine Betrachtung der Niedriglohnbeschäftigung in den jeweiligen Wirtschaftsabschnitten im Zeitverlauf leider nur schwer möglich. Die Klassifikation der Berufe liefert jedoch Hinweise darüber, wie sich die Niedriglohnbeschäftigung in verschiedenen Berufen entwickelt hat.

Wie Tabelle 4 zeigt, hat die Niedriglohnbeschäftigung zwischen 1999 und 2010 in nahezu allen Berufen zugenommen. Zu den Ausnahmen gehört der Berufsbereich Sonstige Arbeitskräfte, wie z. B. mithelfende Familienangehörige oder Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe. In diesem Berufsbereich hat sich der Niedriglohnanteil zwischen 1999 und 2010 um 1,3 Prozentpunkte reduziert. Mit 49,9 Prozent verbleibt der Niedriglohnanteil allerdings auf einem weit überdurchschnittlichen Niveau. Unter den Fertigungsberufen ist lediglich bei den Leder- und Fellarbeitern ein Rückgang des Niedriglohnanteils von 34,4 Prozent im Jahr 1999 auf 33,7 Prozent im Jahr 2010 zu beobachten. Trotzdem existiert auch in diesem Berufsabschnitt ein weit überdurchschnittlicher Niedriglohnanteil. Es handelt sich jedoch um einen sehr kleinen Berufsabschnitt.

In allen anderen Berufen ist der Niedriglohnanteil in Hessen zwischen 1999 und 2010 hingegen angestiegen. Mit Abstand am Stärksten ist der Niedriglohnanteil bei den Hilfsarbeitern ohne nähere Tätigkeitsangabe gestiegen. Innerhalb von elf Jahren hat sich der Niedriglohnanteil in diesen Berufen von 46,6 Prozent auf 64,6 Prozent erhöht. Damit ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in diesem Berufsabschnitt von 5.652 Personen im Jahr 1999 auf 19.674 Personen im Jahr 2010 gestiegen. Insgesamt hat sich der Anteil der Hilfsarbeiter am gesamten Niedriglohnsektor zwischen 1999 und 2010 damit von 2,4 Prozent auf 6,3 Prozent erhöht, eine rasante Entwicklung.

Tabelle 4: Anteil und Anzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnbereich in Hessen nach Berufen, 1999, 2004, 2010 (1999 und 2004: nur Anteil), jeweils zum 31.12., in Prozent

Berufsbereich/ -abschnitt	1999	2004	Personen im Niedriglohnbereich 2010	2010
Insgesamt	14,4%	16,7%	311.467	19,2%
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	27,9%	31,4%	6.126	37,3%
Bergleute, Mineralgewinner	1,7%	3,0%	86	5,5%
Fertigungsberufe	12,7%	15,7%	79.235	20,1%
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	7,5%	12,2%	306	15,8%
Keramiker, Glasmacher	12,6%	12,3%	236	12,9%
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	6,0%	6,7%	2.826	8,0%
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	9,6%	10,2%	1.457	12,7%
Holzaufbereiter, -warenfertiger u. verwandte Berufe	14,6%	18,5%	514	22,6%
Metallerzeuger, -bearbeiter	4,8%	5,6%	1.824	7,1%
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	7,4%	9,0%	10.820	11,5%
Elektriker	9,3%	9,9%	4.454	11,9%
Montierer und Metallberufe, a. n. g.	11,3%	11,0%	3.347	13,0%
Textil- und Bekleidungsberufe	38,5%	40,4%	1.161	40,8%
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	34,4%	34,3%	437	33,7%
Ernährungsberufe	38,5%	44,6%	16.085	47,8%
Bauberufe	8,7%	11,0%	5.033	15,4%
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	12,1%	17,0%	1.503	22,0%
Tischler, Modellbauer	9,9%	11,6%	1.497	15,9%
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	10,6%	14,1%	2.117	17,8%
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	19,4%	23,2%	5.513	27,3%
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	46,6%	57,0%	19.674	64,6%
Maschinenisten und zugehörige Berufe	2,0%	2,6%	432	4,7%
Technische Berufe	2,5%	3,8%	3.998	2,8%
Dienstleistungsberufe	16,6%	18,5%	215.896	20,5%
Warenkaufleute	25,5%	26,9%	29.647	28,9%
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	4,9%	5,2%	7.179	6,4%
Verkehrsberufe	14,5%	19,1%	35.545	27,2%
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	11,6%	12,3%	50.785	12,0%
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	21,4%	28,6%	10.265	29,0%
Schriftwerkschaffende, schriftwerkverk. sowie künstl. Berufe	10,3%	11,9%	1.869	12,3%
Gesundheitsdienstberufe	22,2%	25,7%	25.675	27,9
Sozial- und Erziehungsberufe, a. n. g. geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	13,1%	14,9%	14.968	19,8%
Allgemeine Dienstleistungsberufe	49,7%	54,4%	39.962	58,3%
Sonstige Arbeitskräfte	51,2%	58,6%	6.058	49,9%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung

Ebenso ist der Niedriglohnanteil in den Verkehrsberufen in den letzten Jahren dramatisch angestiegen (seit 1999 um 12,7 Prozentpunkte auf knapp 27,2 Prozent). Ähnliche Entwicklungen des Niedriglohnanteils können auch in den Ordnungs- und Sicherheitsberufen (+7,6 Prozentpunkte), in den Gesundheitsdienstberufen (+5,7 Prozentpunkte) oder in den Ernährungsberufen (+9,3 Prozentpunkte) beobachtet werden.

Auch wenn der Niedriglohnanteil zwischen den unterschiedlichen Berufen erheblich variiert, kann dennoch ein deutlicher Vormarsch der Niedriglohnbeschäftigung in fast allen Berufen beobachtet werden. Zwar konzentriert sich die Niedriglohnbeschäftigung in Hessen nach wie vor überwiegend auf Dienstleistungsberufe, der wachsende Niedriglohnanteil in anderen Berufen bekräftigt jedoch, dass sich auch hier Niedriglöhne zunehmend vermehren.

4 Aufstiegsmobilität von Niedriglohnbeschäftigten

Die Expansion des Niedriglohnsektors hat in den letzten Jahren zu erheblichen politischen Kontroversen geführt. In der politischen und ökonomischen Debatte existieren unterschiedliche Begründungen für die Notwendigkeit der Existenz eines Niedriglohnsektors.

Im Wesentlichen läuft die Diskussion betreffend der Notwendigkeit eines Niedriglohnsektors entlang einer Frage: „Ist die niedrige Bezahlung der Niedriglohnbeschäftigten durch deren niedrige Produktivität verursacht oder nicht?“ Diejenigen, die diese Frage mit ja beantworten, werden sich eher für einen Niedriglohnsektor aussprechen, als diejenigen die argumentieren, dass Niedriglöhne eher durch Marktmacht der Arbeitsnachfrager verursacht sind (vgl. Manning 2003).

Wir stellen hier zwei Argumente vor, die die Existenz eines Niedriglohnsektors über die Produktivität begründen. Im ersten Fall, steht das Argument im Zentrum, dass insbesondere geringqualifizierte Menschen, die lange in Arbeitslosigkeit waren zunächst vergleichsweise unproduktiv sind und daher bei höheren Gehältern nur geringe Beschäftigungschancen haben. Bietet man ihnen Einstiegschancen bei geringen Löhnen werden sie schnell produktiver und können den Niedriglohnbereich so verlassen. In diesem Falle würden niedrige Löhne neue Beschäftigungschancen schaffen und damit den Wiedereinstieg in eine existenzsichernde Erwerbsbiographie erleichtern.

Eine andere, aber deutlich weniger optimistische Begründung für einen Niedriglohnsektor, bezieht sich ebenfalls auf die Produktivität des Arbeitnehmers, und postuliert, dass es Menschen gibt, die grundsätzlich nur ein geringeres Arbeitsentgelt erwirtschaften können. Diese wären dann bei Existenz eines Niedriglohnsektors dauerhaft zu Niedriglöhnen beschäftigt, andernfalls von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht.

Hinter diesen unterschiedlichen Argumenten für einen Niedriglohnsektor verbergen sich unterschiedliche Annahmen über die Verweildauer von Niedriglohnbeziehern im Niedriglohnsektor. Während im ersten Fall davon ausgegangen wird, dass eine Niedriglohnbeschäftigung als Eintrittsticket in den Arbeitsmarkt und als Sprungbrett in eine besser bezahlte Tätigkeit dienen kann, folgt aus dem zweiten Ansatz, dass Geringverdiener längerfristig von niedrigen Löhnen betroffen sind.

Die Aufstiegsmöglichkeiten von Niedriglohnbeziehern aus dem Niedriglohnbereich sind aber von entscheidender sozialpolitischer Bedeutung. Aus einer sozialpolitischen Perspektive sind kurzfristige Phasen von Niedriglohnbeschäftigung wenig problematisch. Kritisch ist hingegen, wenn die Bezieher von Niedriglöhnen keine oder nur schlechte Aussichten haben, in eine besser bezahlte Tätigkeit aufzusteigen. Im Falle des dauerhaften Verbleibs im Niedriglohnbereich drängt sich die Frage nach einer sozialpolitischen Flankierung oder einer Lohnuntergrenze auf, während im Falle eines schnellen Aufstiegs eine Lohnuntergrenze schädlich sein könnte und die sozialpolitische Flankierung weniger dringend geboten erscheint.

Falls der Niedriglohn Ausdruck geringer Produktivität ist, könnte eine dauerhafte sozialpolitische Flankierung immer noch günstiger sein, als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit, die durch eine Lohnuntergrenze entstehen könnte. Falls der Niedriglohn Ausdruck von Marktmacht ist führt die sozialpolitische Flankierung zu hohen Kosten, die etwa durch eine Lohnuntergrenze vermeidbar wären.

Die Aufstiegsmobilität von Niedriglohnbeschäftigten wurde in einer Reihe von empirischen Studien untersucht (vgl. u. a. Kalina 2008; Schank et al. 2008; Schäfer/Schmidt 2011). Insgesamt kommen diese Studien mehrheitlich zu dem Ergebnis, dass die Chancen von Niedriglohnbeschäftigten in einen besser bezahlten Job aufzusteigen, eher begrenzt sind.

Schäfer/Schmidt (2011) untersuchen die Entwicklung des Niedriglohnsektors und die Aufstiegsmobilität von Niedriglohnbeziehern zwischen 1994 und 2009 anhand von Daten aus dem sozioökonomischen Panel. Die Studie des Institutes der deutschen Wirtschaft (IW Köln) bestätigt die deutliche Expansion des Niedriglohnsektors, kommt allerdings zu dem optimistischen Ergebnis, dass die Aufwärtsmobilität von Geringverdienern (circa 24 Prozent steigen jährlich in ein Normalverdienststatus, also zu einem Verdienst oberhalb der Niedriglohngrenze auf) deutlich höher ist als die jährliche Abwärtsmobilität (4,8 Prozent). Aus Sicht der Autoren sind Niedriglöhne daher vor allem Einstiegsgehälter (vgl. Schäfer/Schmidt 2011; Möller 2011b).

Diese Ergebnisse sind jedoch kritisiert worden (vgl. Möller 2011b). Betrachtet man statt der Anteile, die sich auf unterschiedliche Grundgesamtheiten beziehen, die absoluten Zahlen, wird deutlich, dass die Übergänge aus dem Niedriglohn- in den Normalverdienerstatus und andersherum (1,7 Millionen Aufsteiger, 1,2 Millionen Absteiger) nicht so weit auseinander liegen wie es die Studie suggeriert. Berücksichtigt man zudem, dass Normalverdiener nicht nur in den Niedriglohnsektor abrutschen, sondern auch arbeitslos werden können, dann halten sich Auf- und Absteiger die Waage. Kritisch, auch im Hinblick auf das weiter oben angeführte Argument, dass Niedriglöhne Beschäftigungschancen für andernfalls nicht beschäftigte Personen schaffen würden, ist zudem die Erkenntnis, dass im Jahr zuvor die meisten hinzugekommenen Geringverdiener nicht etwa arbeitslos waren (rund 20 Prozent), sondern Normalverdiener (rund 50 Prozent), die einen entsprechenden Abstieg erlebt haben. Darüber hinaus ist die Abstiegswahrscheinlichkeit im betrachteten Zeitraum deutlich von vier auf sechs Prozent angestiegen (vgl. Möller 2011b).

Legt man bei der Analyse der Aufstiegsmobilität Sozialversicherungsdaten zugrunde, so kommt man eher zu pessimistischen Schlussfolgerungen. So kommen Schank et al. (2008) zu dem Ergebnis, dass von den Vollzeitbeschäftigten mit Niedrigeinkommen im Jahre 1998

und 1999 sechs Jahre später nur 13 Prozent der Ausgangskohorte einen besser bezahlten Job hatten. Damit gelang lediglich circa jedem achten Niedriglohnbezieher aus der Ausgangskohorte der Sprung in eine besser bezahlte Tätigkeit. Dagegen verblieben 34 Prozent in einer niedrig entlohnten Tätigkeit, knapp 13 Prozent sind in einen Teilzeitjob oder in ein geringfügig entlohntes Beschäftigungsverhältnis gewechselt, 10 Prozent waren arbeitslos und für knapp 29 Prozent lagen keine Informationen über deren Verbleib vor. Der Wechsel in diesen unbekanntem Status bedeutet, dass die Person weder sozialversicherungspflichtig noch geringfügig beschäftigt noch arbeitslos gemeldet ist. Häufig dürfte der Status einen Wechsel in die Stille Reserve oder einen kompletten Rückzug aus dem Erwerbsleben bedeuten.²¹

Kalina (2008) bestätigt dieses pessimistische Ergebnis auch anhand der Daten des sozio-ökonomischen Panels. Dieser Studie zu Folge gelang der Aufstieg aus dem Niedriglohnsektor in eine besser bezahlte Tätigkeit zwischen dem Jahr 2000 und 2005 lediglich jedem sechsten Vollzeitbeschäftigten, während knapp 32 Prozent weiterhin einen Niedriglohnjob hatten.

Wie die Ergebnisse der Mehrzahl der Studien nahelegen, ist Niedriglohnbeschäftigung nur für einen sehr kleinen Teil der Niedriglohnbeschäftigten ein Sprungbrett in eine besser bezahlte Tätigkeit. Der dauerhafte Verbleib im Niedriglohnsektor, sowie der Wechsel zwischen einer Anstellung im Niedriglohnsektor und Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit überwiegen für die Mehrheit der Niedriglohnbezieher.

Insofern spricht mehr für die Variante des Produktivitätsargumentes, die das Problem als dauerhaft ansieht, als für das Argument, dass niedrige Produktivität als lediglich vorübergehendes Phänomen auffasst. Genauso bleibt aber plausibel, dass Firmen dauerhaft ihre Marktmacht ausnutzen und mit Niedriglöhnen Überschussprofite erwirtschaften.

5 Ursachen der steigenden Niedriglohnbeschäftigung

Wie die hier dargestellten Daten zeigen, ist der Umfang der Niedriglohnbeschäftigung seit Ende der 1990er Jahre in Deutschland deutlich angestiegen. Dies wirft die Frage auf, wie es zu einer so starken Expansion von Niedriglohnjobs kommen konnte?

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig und interdependent. Zum einen kann eine Antwort auf diese Frage in den theoretischen Ansätzen und empirischen Studien gefunden werden, die versuchen die wachsende Einkommensungleichheit bzw. die Lohnspreizung in den modernen Industriestaaten durch ökonomische Faktoren zu erklären.

²¹ Theoretisch denkbar wäre auch eine Existenzgründung, eine Verbeamtung oder ein Wechsel zum Militär. Aus dem Niedriglohnsektor heraus erscheinen diese Varianten jedoch als eher unwahrscheinlich.

Andererseits spielen institutionelle Faktoren und politische Veränderungen eine wichtige Rolle für die Expansion des Niedriglohnsektors.²²

Ein einflussreicher Ansatz zur Erklärung der steigenden Lohnungleichheit ist die Theorie des „Skill Biased Technological Change“ (SBTC), also des technischen Wandels, der die verschiedenen Qualifikationsgruppen in unterschiedlicher Weise betroffen hat. Dieser Erklärungsansatz geht davon aus, dass sich im Rahmen des technischen Wandels und insbesondere des zunehmenden Einsatzes moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (vgl. Eichhorst et al. 2005) eine Verschiebung der Arbeitsnachfrage in dem Sinne ergeben hat, dass Hochqualifizierte profitiert haben, während Geringqualifizierte sich relativ und teilweise auch absolut verschlechtert haben (vgl. Dustmann/Ludsteck/Schönberg 2009; Eichhorst et al. 2005). Dieser Trend hat sich diesem Ansatz zufolge in allen entwickelten Staaten während der letzten drei Jahrzehnte vollzogen (vgl. etwa Katz/Autor 1999).

Weitere Erklärungsfaktoren für diese Verschiebung sind die Globalisierung sowie der organisatorische Wandel (vgl. Acemoglu 2002). Organisatorischer Wandel wird damit begründet, dass auf betrieblicher Ebene der technologische Wandel oftmals zu einer Änderung der Arbeitsorganisation führte. So wurde das tayloristische²³ Produktions- und Organisationsmodell in vielen Betrieben von „ganzheitlich organisierten Produktionsabläufen“ abgelöst, die in der Regel deutlich höhere Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten stellten (Eichhorst et al. 2005; Lindbeck/Snowder 1996).

Eine weitere Ursache für die Verschiebung der Arbeitsnachfrage wird in der Globalisierung der Arbeitswelt vermutet. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Integration der Schwellen- und Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft dazu geführt hat, dass geringqualifizierte Arbeitskräfte einer verschärften Konkurrenzsituation mit billigeren ausländischen Arbeitskräften ausgesetzt sind. Insbesondere von international agierenden Unternehmen wird diese „Reservearmee“ billiger Arbeitskräfte immer stärker genutzt (vgl. Möller 2011a).

All diese Veränderungen, so das Argument, hat die Produktivität von hochqualifizierten Arbeitnehmern stärker erhöht als die Produktivität von gering Qualifizierten (vgl. Dustmann/Ludsteck/Schönberg 2009; Eichhorst et al. 2005). Die gestiegene relative Produktivität qualifizierter Arbeitnehmer hat zu einer Verschiebung der Arbeitsnachfrage zu Gunsten der hoch qualifizierten Arbeitskräfte und zu Ungunsten der geringqualifizierten Arbeitskräfte geführt, obwohl gleichzeitig eine enorme Ausweitung des Angebotes an qualifizierten Arbeitskräften (die Bildungsexpansion) stattgefunden hat.

²² Allerdings möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass das Verhältnis von Veränderung der Lohnungleichheit und Niedriglohnbeschäftigung nicht eindeutig ist: nicht jede Veränderung der Lohnungleichheit führt auch zu einer Veränderung der Niedriglohnbeschäftigung. Im Falle der Globalisierung könnte man argumentieren, dass die Löhne unterhalb des Medians direkt negativ betroffen sind und somit die Niedriglohnbeschäftigung ansteigen könnte. Im Falle des SBTC würde man argumentieren, dass dieser den Median betreffe, nicht aber gleichermaßen alle Löhne zwischen Median und Niedriglohngrenze. In diesem Fall könnte die Zunahme der Lohnungleichheit ebenfalls mit einem Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung einhergehen.

²³ Der Taylorismus war ein betriebliches Produktions- und Organisationsmodell, das einen Arbeitsvorgang in kleinste Einheiten zerlegte, die nur sehr geringe geistige Anforderungen stellten, schnell wiederholbar und somit sehr schnell zu erlernen waren.

Als Folge dieses organisatorischen und technologischen Wandels und der Globalisierung erhöhte sich die qualifikatorische Lohnspreizung, wobei der Beitrag des technischen Wandels als am bedeutsamsten eingeschätzt wird (Acemoglu 2002).

Neben den dargestellten ökonomischen Faktoren, von denen die meisten Wissenschaftler annehmen, dass sie eine wichtige Rolle bei der internationalen Veränderung der Lohnungleichheit hatten, argumentieren viele, dass auch Änderungen der institutionellen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt einen wichtigen Einfluss auf die Lohnverteilung beziehungsweise die Größe des Niedriglohnssektors gehabt haben.

Eine maßgebliche Determinante für das Ausmaß der Lohnspreizung ist die Ausgestaltung der Lohnfindung in einer Volkswirtschaft. Weil Gewerkschaften sich im allgemeinen für Lohngleichheit stark machen, ist es naheliegend, dass ein hoher Abdeckungsgrad von Tarifvereinbarungen beziehungsweise ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad eine eher gleichmäßigere Lohnverteilung begünstigt, während eine geringe Tarifbindung eine stärkere Lohnspreizung wahrscheinlich macht (vgl. Eichhorst et al. 2005). So ist die Lohnspreizung und damit der Niedriglohnssektor insbesondere in denjenigen Volkswirtschaften gestiegen, in denen die Koordination von tariflichen Vereinbarungen gering ist (vgl. OECD 2004; Eichhorst 2005).

Auch in Deutschland ist die Expansion des Niedriglohnssektors eng mit der sinkenden Tarifbindung und der Erosion des gewerkschaftlichen Organisationsgrades verbunden (vgl. Bosch/Weinkopf 2007; Antonczyk/Fitzenberger/Sommerfeld 2011). So ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder zwischen 1991 und 2005 um insgesamt fünf Millionen von 11,8 Millionen auf 6,8 Millionen gesunken (vgl. Bosch/Weinkopf 2007). Dadurch haben die Gewerkschaften mutmaßlich an politischer Verhandlungs- und Gestaltungskraft verloren. Denn die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften hängt von ihrem Organisationsgrad, also dem Verhältnis von Gewerkschaftsmitgliedern zur Gesamtzahl der abhängigen Erwerbspersonen bzw. Beschäftigten, ab. Gewerkschaften mit einem hohen Organisationsgrad haben in Tarifgesprächen ein größeres Drohpotential, da die Streikdrohung sowohl glaubwürdiger als auch die Bedrohung durch einen Streik größer ist. Deshalb gilt im Allgemeinen, dass mit dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad auch die Verhandlungsmacht sinkt.

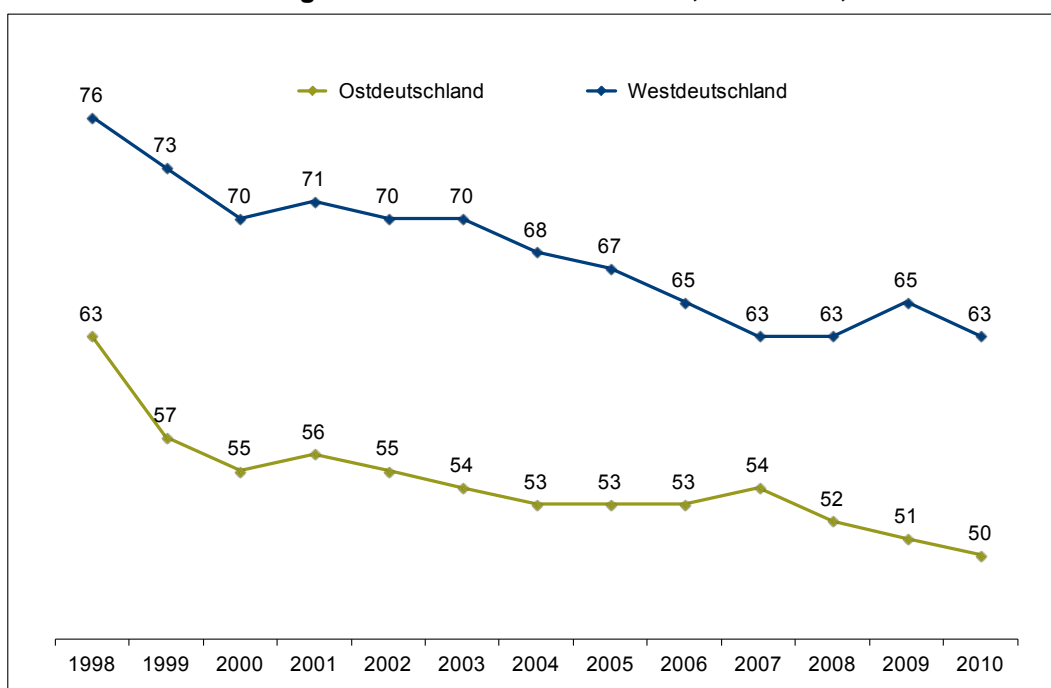
Wie Abbildung 8 zeigt, ist die Tarifbindung sowohl in West- als auch in Ostdeutschland seit einigen Jahren stark rückläufig. Während in Westdeutschland 1998 noch 76 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gemäß einem Tarifvertrag bezahlt wurden, arbeiteten 2010 nur noch 63 Prozent aller westdeutschen Beschäftigten tarifgebunden. Im gleichen Zeitraum sank die Tarifbindung in Ostdeutschland von 63 Prozent auf 50 Prozent. Somit war in Ostdeutschland im Jahr 2010 nur noch jeder zweite Beschäftigte in einem tarifgebundenen Arbeitsverhältnis.

Noch beeindruckender sind die Zahlen, wenn man den Anteil der Betriebe betrachtet, die Tarifverträge anwenden. So wendeten im Jahr 2005 in Westdeutschland selbst im Verarbeitenden Gewerbe lediglich 34 Prozent aller Betriebe Flächentarifverträge an und weitere drei Prozent wendeten Firmentarifverträge an. Mehr als 60 Prozent aller Betriebe unterlagen in dieser traditionell eher stark tarifgebundenen Branche keinem Tarifvertrag mehr (vgl. Garloff/Gürtzgen 2011).

Weiter oben haben wir gezeigt, dass der Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung in Ostdeutschland früher stattgefunden hat als in Westdeutschland. Dort kommt als Erklärungsfaktor insbesondere die seit Mitte der 1990er Jahre rückläufige Tarifbindung in Betracht (vgl. Bonin, 2005).

Die Gewerkschaften scheinen aber auch in Westdeutschland ihren stabilisierenden Einfluss auf die Lohnstruktur immer stärker zu verlieren (vgl. Berthold/Zensen 2009). Angesichts dieser Entwicklung ist eine Regulierung des Niedriglohnsektors durch die Tarifpolitik immer weniger zu erwarten. Das ist vermutlich einer der Gründe, warum in der Politik zurzeit die Einführung einer Lohnuntergrenze beziehungsweise eines Mindestlohns sowie dessen Implementation und Ausgestaltung diskutiert wird.

Abbildung 8: Entwicklung des Anteils der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Tarifbindung in Ost- und Westdeutschland, 1998–2010, in Prozent



Quelle: IAB-Betriebspanel, WSI Tarifarchiv, eigene Darstellung

Darüber hinaus haben vermutlich auch politische Entscheidungen zur Expansion des Niedriglohnsektors beigetragen. So erhöhten die Hartz-Reformen durch die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln und die Absenkung der Arbeitslosenhilfe den Druck auf (qualifizierte) Arbeitsuchende, die vorher gut verdient haben, auch eine schlechter bezahlte Tätigkeit anzunehmen. Gleichzeitig führten die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln und insbesondere die Gewährung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) nach Bedürftigkeitsprüfung auf der Ebene der Bedarfsgemeinschaft bei vielen Beschäftigten zu Abstiegsängsten (vgl. Gartner/Klinger 2010: 11). So ist anzunehmen, dass bei vielen Beschäftigten aus Angst vor einem Verlust der Arbeitsstelle sowie sozialem Abstieg die Bereitschaft zu einem Lohnverzicht stieg. (vgl. Klinger/Rothe, 2011)

Daran könnte problematisch sein, dass die Aufnahme qualifikationsinadäquater Beschäftigung zu Dequalifizierungsprozessen qualifizierter Arbeitnehmer führen und somit zur Entwer-

tung von Humankapital beigetragen haben kann (vgl. Kalina 2008). Dequalifizierungsprozesse sind aber vor dem Hintergrund einer mutmaßlich weiter steigenden Nachfrage nach qualifizierter Arbeit eine bedauernde Entwicklung.

Auch das „timing“ des Anstieges der Niedriglohnbeschäftigung insbesondere in den Jahren ab 2003 in Westdeutschland verweist darauf, dass die Hartz-Gesetze hier mutmaßlich eine Rolle gespielt haben.

Allerdings ist nicht klar, ob die Hartz-Reformen, selbst bei Eintritt des oben beschriebenen Falles, per saldo zu Dequalifizierung geführt haben. Es könnte ebenfalls sein, dass die Hartz-Reformen zu Lohnveränderungen geführt haben, die unterhalb derjenigen liegen, die ansonsten erreicht worden wären, und dass dadurch Arbeitsplätze erhalten werden konnten, die ansonsten verloren gegangen wären und dass mehr Menschen in Jobs vermittelt werden konnten („das deutsche Jobwunder“, vgl. Möller 2010; Burda/Hunt 2011). Dies hätte dann seinerseits dazu beigetragen Dequalifizierungsprozessen vorzubeugen und zu verhindern, dass Humankapital entwertet wird. Der Nettoeffekt ist schwierig abzuschätzen, aber vermutlich schneidet eine „unterwertige“ Beschäftigung im Hinblick auf den Erhalt des Humankapitals zumindest nicht schlechter ab, als Arbeitslosigkeit. Klar ist aber auch, dass eine qualifikationsadäquate Beschäftigung wünschenswert ist.

6 Fazit: Deutliche Zunahme der Niedriglohnproblematik in Deutschland und Hessen – Und nun?

Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass sich sowohl in Deutschland als auch in Hessen während der letzten Jahre eine deutliche Expansion des Niedriglohnsektors vollzogen hat. Während in Westdeutschland knapp 21 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten, haben in Hessen circa 19 Prozent ein monatliches Bruttoeinkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle. Im westdeutschen Vergleich ist die Niedriglohnbeschäftigung in Hessen damit leicht unterdurchschnittlich. Dies ist insbesondere auf das in Hessen durchschnittlich höhere Einkommen zurückzuführen (vgl. Trabert 2010). Dennoch ist der Niedriglohnsektor in Hessen in den letzten Jahren stark gewachsen.

Würde der Niedriglohnsektor tatsächlich dazu dienen, Menschen mit vorübergehenden Problemen, Beschäftigungschancen zu bieten, die sie nutzen könnten um alsbald in eine besser bezahlte, existenzsichernde Beschäftigung zu wechseln, so wäre der Niedriglohnsektor wohl wenig umstritten. Gemäß der oben dargelegten Literatur scheint dies jedoch eher nicht der Fall zu sein: Niedriglohnbeschäftigung scheint aus individueller Sicht kein vorübergehendes, sondern ein dauerhaftes Phänomen zu sein, mit den entsprechenden sozialpolitischen Konsequenzen.

Wie dargestellt wurde sind die Ursachen für die Zunahme der Niedrigeinkommen äußerst vielfältig. Klar scheint aber zu sein, dass sowohl makroökonomische Trends wie technischer und organisatorischer Wandel und Globalisierungsprozesse einerseits, sowie institutionelle Änderungen andererseits maßgeblich an den Veränderungen beteiligt sind.

Zwei institutionelle Faktoren zur Erklärung der zunehmenden Niedriglohnbeschäftigung sind die sinkende Tarifbindung in Deutschland, sowie die Hartz-Reformen, die beide mutmaßlich zur Expansion des Niedriglohnsektors beigetragen haben.

Aus einer sozialpolitischen Perspektive ist die deutliche Expansion der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und Hessen aus mehreren Gründen brisant. Erstens ist sie deshalb problematisch, weil es aus unserer Sicht wünschenswert ist, dass eine Vollzeitbeschäftigung die eigene Existenz vollständig sichern kann. Zweitens ist im stark erwerbszentrierten deutschen Beschäftigungsmodell die soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit und Rente an die vorherige Erwerbstätigkeit gekoppelt (vgl. Kalina 2008). Damit ist auch die Wahrscheinlichkeit groß, dass vormalige Niedriglohnbezieher in Arbeitslosigkeit ergänzende ALG II-Leistungen beziehen müssen, bzw. im Rentenalter auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind.

Darüber hinaus fällt, wie Gundert und Hohendanner (2011) zeigen, das subjektive Teilhabeempfinden geringer aus, je niedriger das Einkommen und je unsicherer der Erwerbsstatus ist. Eine steigende Niedriglohnquote führt demzufolge auch zu einem niedrigeren Teilhabeempfinden. Diese Entwicklung birgt ebenfalls Brisanz, da mit zunehmender Angst vor sozialem Abstieg und dem wachsenden Gefühl ökonomischer, sozialer und gesellschaftlicher Exklusion auch die Akzeptanz der ökonomischen und politischen Ordnung schwinden kann, was zu sozialen Spannungen führen könnte. Mit der Entwicklung eines wachsenden Niedriglohnsektors in Deutschland sind insofern nicht nur arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Fragen, sondern auch weit reichende gesellschaftspolitische Aspekte verbunden.

Die Frage nach der politischen Gestaltung des Niedriglohnsektors wird man dennoch in Abhängigkeit davon beurteilen müssen, ob man den Grund für die Existenz desselben in unzureichender Produktivität der Arbeitnehmer sieht oder ob man die Marktmacht der Arbeitsnachfrager als maßgebliche Triebfeder ausmacht. Im ersten Fall wird man hauptsächlich über eine sozialpolitische Flankierung nachdenken, ohne indessen diesen Sektor abschaffen zu wollen. Im zweiten Fall würden Mindestlöhne ein probates Mittel darstellen, das dazu geeignet wäre den Niedriglohnsektor wie gewünscht zu begrenzen.

Literatur

Acemoglu, Daron C. (2002): Technical Change, Inequality and the labour market. In: Journal of Economic Literature, Vol. 40, S. 7-72.

Antonczyk, Dirk; Fitzenberger, Bernd; Sommerfeld, Katrin (2011): Anstieg der Lohnungleichheit, Rückgang der Tarifbindung und Polarisierung. In: Zeitschrift für Arbeitsforschung, Jg. 44, H. 1/2, S. 15-27.

Augstein, Jakob (2011): Armes, reiches Deutschland. Spiegel-Online 07.07.2011. [URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,772878,00.html>], Stand: 01.11.2011.

Bardasi, Elena; Gornick, Janet C. (2007): Women's Part-time Wage Penalties Across Countries. In: Luxembourg Income Study working paper series, Working Paper No. 467, Luxembourg.

Bellmann; Lutz; Buttler, Friedrich; Stephani, Jens (2011): Einkommensungleichheit im internationalen Vergleich. In: IAB-Forum, Nr. 1, S.56-63.

Bertholt, Norbert; Zensen, Jupp (2009): Stochern im Nebel - Der Ungleichheit auf der Spur. Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Würzburg.

Bonin, Holger (2005): Tarifpolitik, Entgeltflexibilität und Beschäftigung in Ostdeutschland. In: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, Jg. 38, H. 2/3, S. 165-179.

Bosch, Gerhard; Weinkopf, Claudia; Kalina, Thorsten (2009): Mindestlöhne in Deutschland. In: WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung.

Bosch, Gerhard; Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia (2008): Niedriglohnbeschäftigte auf der Verliererseite. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 61, H. 8, S. 423-430.

Bosch, Gerhard; Weinkopf, Claudia (2007): Arbeiten für wenig Geld – Zusammenfassung und politischer Handlungsbedarf. In: Bosch, Gerhard (Hrsg.); Weinkopf, Claudia (Hrsg.) (2007): Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 286-313.

Bosch, Gerhard; Kalina, Thorsten (2007): Niedriglöhne in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen. In: Bosch, Gerhard (Hrsg.); Weinkopf, Claudia (Hrsg.) (2007): Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 20-106.

Böckler Impuls (2006): Niedriglohn: Wissenschaftliche Vorstöße in eine Grauzone. Böckler Impuls 2/2006. [URL: http://boecklertemp.internetmanufaktur.de/21358_21364.htm], Stand: 01.11.2011.

Böckler Impuls (2005): Niedriglohn: Für viele kein Sprungbrett. Böckler Impuls 6/2005. [URL: http://www.boeckler.de/21138_21146.htm], Stand 01.11.2011.

Brenke, Karl (2007): Zunehmende Lohnspreizung in Deutschland. In: DIW Wochenbericht. Jg. 74, H. 6/2007, S. 73-79.

Brinkmann, Ulrich; Dörre, Klaus (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Bonn 2006.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.

Bureau of Labor Statistics (2011): Employment Situation Summary. [URL: <http://www.bls.gov/news.release/empsit.nr0.htm>], Stand: 01.11.2011.

Burda, Michael C; Hunt, Hennifer (2011): What Explains the German Labor Market Miracle in the Great Recession? NBER Working Paper No. 17187, NBER, Cambridge.

Dauderstädt, Michael (2007): Die Neuordnung des Niedriglohnsektors in Deutschland. WISO-Direkt. Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, H. 2/2007.

Dustmann, Christian; Ludsteck, Johannes; Schönberg, Uta (2009): Revisiting the German Wage Structure. In: Quarterly Journal of Economics, Vol. 124, H. 2, S. 843-881.

Eichhorst, Werner, Marx, Paul; Thode, Eric (2010): Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit. IZA Research Report, Nr. 25, Bonn.

Eichhorst, Werner; Gartner, Hermann; Krug, Gerhard; Rhein, Thomas; Wiedemann, Eberhard (2005): Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und im internationalen Vergleich. In: Allmendinger, Jutta (Hrsg.); Eichhorst, Werner (Hrsg.); Walwei, Ulrich (Hrsg.) (2005): IAB Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main u.a.: Campus Verlag, S. 107-142.

Ellguth, Peter; Kohaut, Susanne (2005): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung * aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 58, H. 7, S. 398-403.

Esping-Andersen, Gosta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Polity Press. Princeton University.

Frank, Thomas; Grimm, Christopher (2010): Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte. In: Bericht der Statistik der BA, November 2010, Nürnberg.

Garloff, Alfred; Machnig, Jan; Schaade, Peter (2011): Große Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern – Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Hessen 2010. IAB-Regional Hessen, 2/2011.

Garloff, Alfred; Gürtzgen, Nicole (2011): Collective Wage Contracts, Opt-Out Clauses and Firm Wage Differentials: Evidence from Linked Employer-Employee Data. Unveröffentlichtes Manuskript, Mannheim/Frankfurt.

Gartner, Hermann; Klinger, Sabine (2010): Verbesserte Institutionen für den Arbeitsmarkt in der Wirtschaftskrise. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 90, H. 11, S. 728-734.

George, Roman (2008): Mindestlöhne und Beschäftigung. In: WSI Mitteilungen, Jg. 61, H. 9/2008, S. 479-485.

George, Roman (2007): Gesetzlicher Mindestlohn. Was kann Deutschland von den Nachbarn lernen? Die Erfahrungen mit gesetzlichen Mindestlöhnen in Frankreich und Großbritannien. Marburg: Tectum Verlag.

Grün, Carola; Rhein, Thomas (2007): Eine Bestandsaufnahme: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. In: IAB-Forum, H. 1, S. 8-12.

Gundert, Stefanie, Hohendanner, Christian (2011): Soziale Teilhabe ist eine Frage von stabilen Jobs. IAB-Kurzbericht, 4/2011.

International Labour Organization (ILO) (2010/11): Global Wage Report 2010/11.

Kalina, Thorsten (2008): Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland: Sprungbrett oder Sackgasse? In: Arbeit, Jg. 17, H. 1, S. 21-37.

Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia (2010): Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus. IAQ-Report 2010-06, Essen.

Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia (2008): Konzentriert sich die steigende Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland auf atypische Beschäftigte? In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Vol. 41, H. 4, S. 447-469.

Kalina, Thorsten; Vanselow, Achim; Weinkopf, Claudia (2008): Niedriglöhne in Deutschland. In: SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 4/2008, S. 20-24.

Katz, Lawrence F.; Autor David H. (1999): Changes in the Wage Structure and Earnings Inequality. In: Ashenfelter, Orley (Hrsg.); Card, David E. (Hrsg.) (1999): Handbook of Labor Economics, Vol. 3A, North-Holland, 1463-1555.

Klinger, Sabine; Rothe, Thomas (2011): The impact of labour market reforms and economic performance on the matching of the short-term and the long-term unemployed (im Erscheinen). In: Scottish Journal of Political Economy.

Kohn, Karsten (2006): Rising Wage Dispersion After All! The German Wage Structure at the Turn of the Century. IZA, Discussion Paper, No. 2098, IZA, Bonn.

Krugman, Paul (2009): Free to Loose, in: New York Times 13.11.2009. [URL: <http://www.nytimes.com/2009/11/13/opinion/13krugman.html>], Stand: 01.11.2011.

Krugman, Paul (1994): Past and Prospective Causes of High Unemployment. In: Economic Review. Federal Reserve Bank of Kansas City, Fourth Quarter, Vol. 79, H. 4, S. 23-43.

Lindbeck, Assar; Snower, Denis (1996): Reorganisation of firms and Labor Market Inequality. In: American Economic Review, Vol. 86, H. 2, S. 315-321.

Lohmann, Henning; Andreß, Hans-Jürgen (2011): Autonomie oder Armut? Zur Sicherung gleicher Chancen materieller Wohlfahrt durch Erwerbsarbeit. In: WSI-Mitteilungen, 4/2011, S. 178-187.

Manning, Alan (2003): Monopsony in Motion: Imperfect Competition in Labor Markets. Princeton, N.J: Princeton University Press.

Manske, Alexandra; Heil, Vanessa (2007): Wenn Arbeit arm macht. Der Niedriglohnsektor als Boombranche. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52, H. 8, S. 995-1002.

Möller, Joachim (2011a): Qualifikationsbedingte Lohnunterschiede: Wer kriegt wie viel Butter aufs Brot? In: IAB-Forum, Nr. 1, S. 4-13.

Möller, Joachim (2011b): Billiglöhne sind Einstiegslohne – stimmt's? Spiegel-Online. Mythen der Arbeit 15.September.2011. [URL: <http://www.spiegel.de/karriere/berufsleben/0,1518,786306,00.html>], Stand: 01.11.2011.

Möller, Joachim (2010): The German labor market response in the world recession: demystifying a miracle. In: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, Jg. 42, H. 4, S. 325-336.

Möller, Joachim; König, Marion (2011): Lohnungleichheit, Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung. Marktkräfte und institutionelle Einflüsse. In: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, Jg. 44, H. 1/2, S. 53-64.

Möller, Joachim; Walwei, Ulrich (2009): Ein kleines Wunder: Die eingebauten Stoßdämpfer auf dem Arbeitsmarkt haben bisher funktioniert Die Unternehmen nutzen die Kurzarbeit und verhindern damit Entlassungen. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. vom 31.07.2009, S. 18.

OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. [URL: http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/growing-unequal_9789264044197-en], Stand 01.11.2011.

OECD (2004): Employment Outlook. Paris.

OECD (1996): Employment Outlook. Paris.

Pohl, Carsten (2011): Der zukünftige Bedarf an Pflegearbeitskräften in Nordrhein-Westfalen. Modellrechnungen auf Kreisebene bis zum Jahr 2030. IAB-Regional Nordrhein-Westfalen, 02/2011, Nürnberg.

Prasad, Eswar S. (2004): The Unbearable Stability of the German Wage Structure: Evidence and Interpretation. In: IMF Staff Papers, Vol. 51, No. 2, S. 354-385.

Rhein, Thomas (2009): "Working poor" in Deutschland und den USA: Arbeit und Armut im transatlantischen Vergleich. IAB-Kurzbericht, 01/2009, Nürnberg.

Rhein, Thomas; Stamm, Melanie (2006): Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Deskriptive Befunde zur Entwicklung seit 1980 und Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige. IAB-Forschungsbericht, 12/2006, Nürnberg.

Rhein, Thomas; Gartner, Hermann; Krug, Gerhard (2005): Niedriglohnsektor: Aufstiegschancen für Geringverdiener verschlechtert. IAB-Kurzbericht, 03/2005, Nürnberg.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2009): Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Jahresgutachten 2009/2010, Wiesbaden.

Schäfer, Holger; Schmidt, Jörg (2011): Der Niedriglohnsektor in Deutschland: Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe. Gutachten. Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Schank, Thorsten; Schnabel, Claus; Stephani, Jens; Bender, Stefan (2008): Niedriglohnbeschäftigung: Sackgasse oder Chance zum Aufstieg? IAB-Kurzbericht, 08/2008, Nürnberg.

Shieler, David K. (2005): The Working Poor: Invisible in America.

Solow, Robert M. (2007): Vorwort. In: Bosch, Gerhard (Hrsg.); Weinkopf, Claudia (Hrsg.) (2007): Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. 1. Ausgabe. Frankfurt: Campus Verlag, S. 7-14.

Statistisches Bundesamt (2011a): 2010: Verdienstunterschiede von Frauen und Männern bleiben bestehen. Pressemitteilung Nr. 120 vom 24.03.2011. [URL: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/03/PD11__120__621,templateId=renderPrint.phtml], Stand: 01.11.2011.

Statistisches Bundesamt (2011b): Mikrozensus. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2010. Fachserie 1 Reihe 4.1.1, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009): Datenreport 2008.

Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2003): Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen, Frankfurt: Campus-Verlag.

Thurow, Lester C. (1975): Generating Inequality. New York: Basic Books.

Trabert, Lioba (2010): Niedriglohnbeschäftigung in Hessen, Eine Veröffentlichung der Hessen Agentur, Wiesbaden.

Vanselow, Achim (2008): Die Lage im Niedriglohnsektor. SPW Frühjahrstagung, Gestaltung der Arbeit: Aufstieg, Qualifizierung, gute Arbeit. H. 4/2008, S. 1-21.

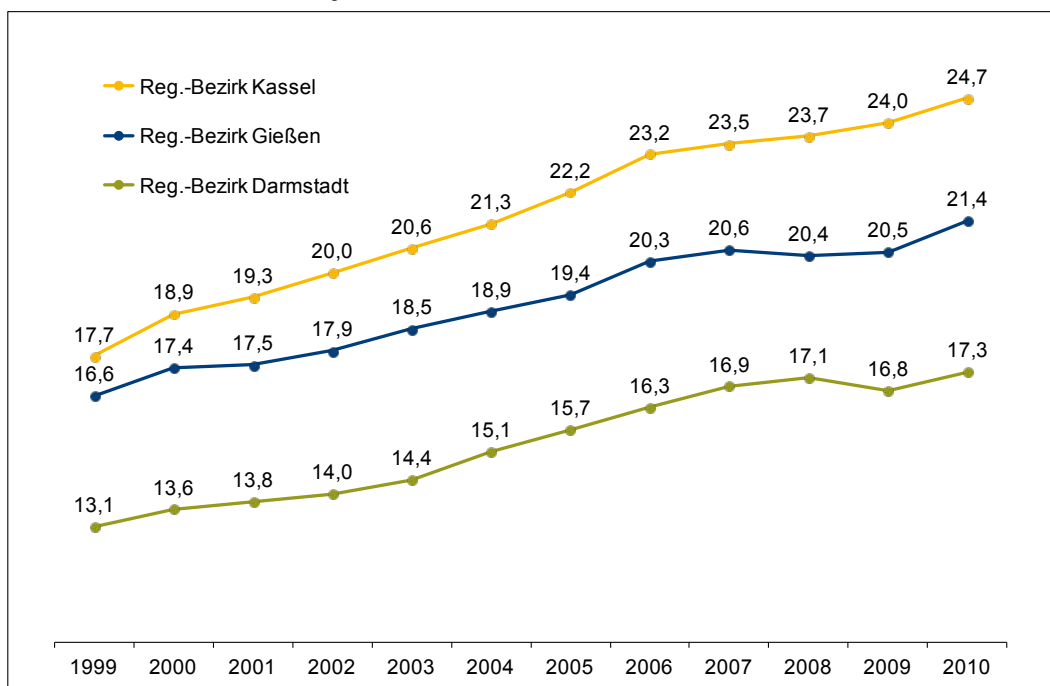
Weiss, Matthias; Garloff, Alfred (2011): Skill-Biased technological change and endogenous benefits: The dynamics of unemployment and wage inequality. In: Applied Economics, Vol. 43, H. 7, S. 811-821.

Appendix: Niedriglohnbeschäftigung in den hessischen Regierungsbezirken

Anhand der vorliegenden Daten der Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit ist auch eine regionale Untersuchung der Niedriglohnbeschäftigung in Hessen möglich. In diesem Appendix diskutieren wir im Folgenden kurz die Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in den drei hessischen Regierungsbezirken.

Die Entwicklung des Anteils der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor in den drei hessischen Regierungsbezirken (1999-2010) macht deutlich, dass sich dieser zwar in allen Regierungsbezirken deutlich erhöht hat, jedoch zwischen den Regierungsbezirken stark variiert. Während im Regierungsbezirk Kassel nahezu jeder vierte sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte (24,7 Prozent) für einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle arbeitet, ist dies im Regierungsbezirk Gießen bei jedem fünften Vollzeitbeschäftigten (21,4 Prozent) und im Regierungsbezirk Darmstadt sogar nur bei circa jedem sechsten Vollzeitbeschäftigten (17,3 Prozent) der Fall.

Abbildung 9: Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) am Arbeitsort im Niedriglohnsektor in den hessischen Regierungsbezirken, 1999–2010, jeweils zum 31.12., in Prozent



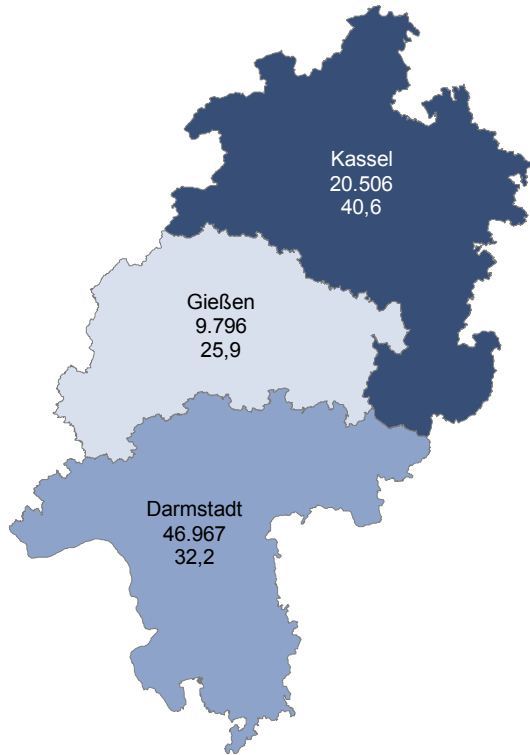
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung

Auch die Dynamik der Entwicklung des Niedriglohnsektors ist in den jeweiligen Regierungsbezirken sehr unterschiedlich. So ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor zwischen 1999 und 2010 im Regierungsbezirk Kassel um 7,0 Prozentpunkte, im Regierungsbezirk Gießen um 4,8 Prozentpunkte und im Regierungsbezirk Darmstadt um 4,2 Prozentpunkte angestiegen.

Vergleicht man die absolute Veränderung beziehungsweise das Wachstum der Niedriglohnbeschäftigung in den hessischen Regierungsbezirken zwischen 1999 und 2010, so zeigt sich, dass im Regierungsbezirk Kassel (20.506 Personen bzw. 40,6 Prozent) und im Regie-

rungsbezirk Darmstadt (46.967 Personen bzw. 32,2 Prozent) die Anstiege höher ausgefallen sind als im Regierungsbezirk Gießen (9.796 Personen bzw. 25,9 Prozent) (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 10: Veränderung der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) im Niedriglohnsektor in den hessischen Regierungsbezirken, 2010 gegenüber 1999, jeweils zum 31.12., Absolut und in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung

Wir vermuten, dass die Anstiege sich weitgehend durch die regionenspezifische Zusammensetzung der Wirtschaftszweige und Berufe erklären lassen und dass regionenspezifische Sondereffekte keine bedeutsame Rolle spielen. So dürfte der starke anteilmäßige Anstieg in Kassel u. a. auf die hohe Dynamik der Zeitarbeit im Regierungsbezirk zurückgehen, der niedrigere Anstieg in Darmstadt sich hingegen durch die vergleichsweise günstigere Zusammensetzung der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten ergeben.

In der Reihe IAB-Regional Hessen sind zuletzt erschienen:

Nummer	Autoren	Titel
02/2011	Garloff, Alfred; Machnig, Jan; Schaade, Peter	Große Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern. Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Hessen 2010
01/2011	Burkert, Carola; Garloff, Alfred; Lepper, Timo; Schaade, Peter	Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Hessen
01/2010	Burkert, Carola; Garloff, Alfred; Machnig, Jan; Schaade, Peter	Frauen als Gewinnerinnen der Wirtschaftskrise? Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Hessen 2009
01/2009	Garloff, Alfred; Burkert, Carola; Schaade, Peter	Frauen auf dem Vormarsch? Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Hessen 2008
02/2008	Burkert, Carola; Kindermann, Walter	Integration von Migranten in Hessen. Bildungssystem und Arbeitsmarkt

Eine vollständige Liste aller Veröffentlichungen der Reihe „IAB-Regional“ finden Sie [hier](http://www.iab.de/de/publikationen/regional.aspx):

<http://www.iab.de/de/publikationen/regional.aspx>

Impressum

IAB-Regional. IAB Hessen
Nr. 03/2011

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Str. 104
90478 Nürnberg

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Website

<http://www.iab.de>

Bezugsmöglichkeit

http://doku.iab.de/regional/H/2011/regional_h_0311.pdf

Eine vollständige Liste aller erschienenen Berichte finden
Sie unter
<http://www.iab.de/de/publikationen/regional/hessen.aspx>

ISSN 1861-3578

Rückfragen zum Inhalt an:

Alfred Garloff
Telefon 069.6670 518
E-Mail alfred.garloff@iab.de